



Konjunkturberichte

Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2019

Jahrgang 70 (2019) Heft 2

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

© RWI 2019

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2019

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung im
Frühsommer 2019**

Jahrgang 70 (2019)

Heft 2





Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

RWI Konjunkturbericht 70 (2)

Deutsche Konjunktur verliert an Fahrt

Roland Döhrn, György Barabas, Boris Blagov, Angela Fuest, Philipp Jäger,
Robin Jessen, Martin Micheli, Svetlana Rujin und Torsten Schmidt 5

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2023: Produktionslücke bleibt in der mittleren Frist weitgehend geschlossen

György Barabas, Robin Jessen, Torsten Schmidt und Klaus Weyerstraß 21

70 Jahre RWI Konjunkturberichte: Aus der Frühzeit der Konjunkturforschung am RWI

Roland Döhrn 33

Inhalt

Roland Döhrn, György Barabas, Boris Blagov, Angela Fuest, Philipp Jäger,
Robin Jessen, Martin Micheli, Svetlana Rujin und Torsten Schmidt

Deutsche Konjunktur verliert an Fahrt¹

Zusammenfassung: Nach einem schwachen zweiten Halbjahr 2018 expandierte das BIP im ersten Quartal dieses Jahres wieder kräftiger. Allerdings lassen vorlaufende Indikatoren wie die Erwartungen der Unternehmen und die Auftragseingänge rückläufige Zuwachsraten für die verbleibenden Quartals dieses Jahres erwarten. Die Inlandsnachfrage wird dabei dank wohl auch künftig kräftiger Einkommenszuwächse voraussichtlich weiterhin deutlich ausgeweitet. Dämpfende Einflüsse kommen von der Außenwirtschaft, die unter dem um sich greifenden Protektionismus leidet. Alles in allem dürfte das BIP in diesem Jahr um 0,8% und im kommenden um 1,4% zulegen. Am Arbeitsmarkt machen sich erste Spuren der sich abschwächenden Konjunktur bemerkbar. Die Arbeitslosenquote dürfte im Prognosezeitraum nur noch wenig auf 5,0% (2019) bzw. 4,95 (2020) sinken. Die Teuerung bleibt mit Inflationsraten von 1,3% in diesem und 1,4% im kommenden Jahr moderat. Der Staatshaushalt wird voraussichtlich weiterhin Überschüsse aufweisen, die aber kleiner werden.

Summary: After having stagnated in the second half of 2018 GDP growth gained momentum in the first quarter of 2019. However, leading indicators such as business confidence and new orders suggest that growth rates will recede in the rest of this year. Domestic demand is expected to continue growing owed to incomes improving further. On the other hand, foreign demand will have a dampening effect on the German economy, since trade policy has taken a more protectionist stance in many countries. Summing up, GDP is expected to grow by 0.8% in this year and 1.4% in the next. The moderation of growth leaves its trace in the labor market. Unemployment rate is forecasted to fall slightly only to 5.0% in this year and 4.9% in the next. Inflation will remain moderate; consumer prices level will increase by 1.3% in this year and 1.4% in the next. The fiscal balance will still show a surplus, but the latter will become smaller over the forecast horizon.

¹ Abgeschlossen am 14.6.2019.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2019

Die gesamtwirtschaftliche Expansion in Deutschland hat im ersten Quartal dieses Jahres an Tempo gewonnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm um 0,4% gegenüber dem Schlussquartal 2018 zu. Verwendungsseitig kamen zum einen Impulse von der Inlandsnachfrage; insbesondere die privaten Konsumausgaben und die Anlageinvestitionen wurden kräftig ausgeweitet. Zum anderen entwickelten sich auch die Exporte nach zwei schwachen Quartalen wieder lebhafter. Einer stärkeren Ausweitung der Produktion stand allerdings entgegen, dass im vergangenen Jahr große Lagerbestände aufgebaut worden waren, wohl vor allem in der Automobilindustrie und im Kfz-Handel. Diese wurden nun abgebaut; darauf deutet hin, dass die Neuzulassungen von Pkw sich günstiger entwickelten als die Produktion.

Produktionsseitige Zuwächse gab es überwiegend im Bereich der Dienstleistungen. Die Wertschöpfung in der Bauwirtschaft expandierte nur leicht, wenn auch ausgehend von einem hohen Niveau. Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Wertschöpfung ein weiteres Mal ab. Zwar erholte sich die Produktion im Fahrzeugbau allmählich von dem starken Einbruch im Zusammenhang mit der Einführung des Emissions- und Verbrauchstests gemäß WLTP. Sie liegt aber immer noch deutlich unter dem Niveau der vergangenen Jahre. Rückläufig blieb die Produktion im Maschinenbau und in der Elektrotechnischen Industrie. Die schwache Produktion in diesen wichtigen Abnehmerbranchen schlägt mittlerweile spürbar auf die Erzeugung und Verarbeitung von Metallen durch.

Die bereits für das zweite Quartal vorliegenden Indikatoren deuten darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft im weiteren Verlauf des Jahres das Expansionstempo des ersten Quartals voraussichtlich nicht halten können wird. Zum einen sprechen sowohl die Umfragen unter Unternehmen als auch die in den ersten Monaten dieses Jahres gesunkenen Auftragseingänge für eine weiterhin schwache Industriekonjunktur hin. Zum anderen stößt die dynamische Bautätigkeit wohl an Kapazitätsgrenzen, festzumachen auch an einem kräftigen Anstieg der Baupreise. Im Dienstleistungssektor ist die Stimmung der Unternehmen zwar weiterhin gut, jedoch nicht mehr so günstig wie vor einigen Monaten. Hinzu kommt, dass der Beschäftigungsaufbau, bis zuletzt Garant kräftiger Einkommenszuwächse, inzwischen an Fahrt verloren hat.

Alles in allem erwarten wir, dass die Expansion des BIP im Prognosezeitraum an Fahrt verlieren wird. Für dieses Jahr zeichnet sich eine jahresdurchschnittliche Zunahme um 0,8% ab. Für 2020 prognostizieren wir eine Zuwachsrate von 1,4%, was nur scheinbar eine Beschleunigung darstellt. Zum einen stehen 2020 erheblich mehr Arbeitstage zur Verfügung. Zum anderen trägt anders als in diesem Jahr ein statistischer Überhang zur Jahresrate bei. Im Jahresverlauf fällt die Expansion hin-

RWI Konjunkturbericht 70 (2)

gegen schwächer aus als in diesem Jahr (Tabelle 1). Wir revidieren damit unsere Prognose nur geringfügig gegenüber der vom März (Döhrn et al. 2019) nach unten. Dass der Zuwachs im ersten Quartal stärker war als damals genommen, hätte für sich genommen eine Aufwärtsrevision nahegelegt. Für die restlichen Quartale des Jahres zeichnen sich aber geringere Zuwächse als im März prognostiziert.

Inländischen Verwendung trägt Konjunktur

Getragen werden dürfte die Expansion auch im Prognosezeitraum von der inländischen Verwendung und hier insbesondere von den privaten Konsumausgaben und den Bauinvestitionen. Beide profitieren von voraussichtlich weiterhin kräftigen Einkommenszuwächsen, da weiterhin – wenngleich verlangsamt – Beschäftigung aufgebaut wird, und bedingt durch Arbeitskräfteknappheit die Löhne wohl weiterhin deutlich steigen. Zudem nehmen die Transfereinkommen zu, sowohl aufgrund von spürbaren Rentenanhebungen als auch aufgrund von Ausweitungen von Sozialleistungen. Die Bauinvestitionen werden zudem stimuliert durch einen erhöhten Bedarf an Wohnraum und die weiterhin geringen Kosten von Wohnungsbaukrediten. Dämpfend wirken indes Engpässe sowohl bei Kapazitäten der Bauunternehmen als auch bei Baugrundstücken. Der Staat hat seine Investitionsbudgets zwar deutlich aufgestockt, fehlende Planungskapazitäten verzögern allerdings den Mittelabfluss und die steigenden Baukosten vermindern die reale Kaufkraft der Budgets.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen steht im Spannungsfeld gegenläufiger Faktoren. Stimulierend wirken für sich genommen die weiterhin niedrigen Finanzierungskosten, die in langfristiger Perspektive immer noch hohe Kapazitätsauslastung, die Investitionstätigkeit und der Investitionsbedarf in Reaktion auf die

Tabelle 1

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2018 bis 2020; in %

	2018	2019 ^P	2020 ^P
Statistischer Überhang ¹	0,8	0,0	0,4
Jahresverlaufsrate ²	0,6	1,2	0,9
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,5	0,8	1,0
Kalendereffekt ³	0,0	0,0	0,4
Durchschnittliche Veränderung	1,4	0,8	1,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^PEigene Prognose.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2019

Herausforderungen der Digitalisierung. Dämpfend stehen dem aber die Eintrübung der Erwartungen der Unternehmen und die erhöhte Unsicherheit über die wirtschafts- und handelspolitischen Rahmenbedingungen entgegen. Letzteres spricht dafür, dass die Unternehmen vorsichtig bezüglich größerer Investitionsprojekte sein werden und die Ausrüstungsinvestitionen daher wohl nur schwach expandieren.

Während die lebhaftere inländische Verwendung die Einfuhren wohl weiterhin spürbar steigen lässt, dürfte die Dynamik der Ausfuhren gering bleiben. Zwar wirkt die seit Jahresbeginn wieder lebhaftere Konjunktur im Euro-Raum für sich genommen positiv auf die deutschen Ausfuhren: So konnten im bisherigen Verlauf dieses Jahres vor allem die Lieferungen in den Euro-Raum gesteigert werden. Das rauere weltwirtschaftliche Klima schlägt sich aber bereits in einer äußerst schwachen Ausweitung des Welthandels nieder. Die damit verbundene Verunsicherung der Unternehmen dürfte sich negativ auf deren Engagement in Auslandsmärkten auswirken. Hinzu kommt die allem Anschein nach recht schwache Nachfrage nach Kraftwagen, dem gewichtigsten Exportgut Deutschlands.

Konjunkturschwäche erreicht Arbeitsmarkt

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres spürbar abgeschwächt. Zugleich waren die Selbstständigkeit und die geringfügige Beschäftigung weiter rückläufig. Vor allem in den Dienstleistungsbereichen verlangsamt sich der Beschäftigungsaufbau spürbar. Großen Anteil daran hatte, dass die Beschäftigung in der Arbeitnehmerüberlassung kräftig gesunken ist. Dieser Rückgang setzte bereits vor einem Jahr ein, wobei wohl Gesetzesänderungen eine wesentliche Rolle spielten.² Dass sich die Abnahme am aktuellen Rand beschleunigte, könnte einer schwächeren konjunkturellen Grunddynamik geschuldet sein. Unternehmen dürften Beschäftigungsanpassungen zunächst durch einen Abbau der Leiharbeit vornehmen, bevor sie ihre Kernbelegschaft reduzieren.

Insofern könnten die sich verstärkenden Beschäftigungsrückgänge in der Arbeitnehmerüberlassung Vorboten einer insgesamt nachlassenden Beschäftigungsdynamik sein. Hierzu passt, dass die Zahl der gemeldeten offenen Stellen bereits seit Oktober 2018 tendenziell sinkt, wenn auch ausgehend von einem hohen Niveau. Insbesondere die Zugänge neuer Stellen gehen spürbar zurück und nähern sich inzwischen dem Niveau des Jahres 2015, also zu Beginn des kräftigen

² Zu den wichtigsten Änderungen gehört, dass die Überlassungshöchstdauer auf 18 Monate begrenzt wurde und dass spätestens nach neun Monaten Beschäftigung beim gleichen Unternehmen die Vergütung der festangestellten Mitarbeiter entsprechen muss.

RWI Konjunkturbericht 70 (2)

Tabelle 2

RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2019

2018 bis 2020, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2018	2019 ^P	2020 ^P	Änderung zu März 2019	
				2019	2020
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,4	0,8	1,4	-0,1	-0,1
Verwendung ¹					
Konsumausgaben	1,1	1,8	1,7	0,0	0,0
Private Haushalte ²	1,1	1,9	1,6	0,3	0,1
Staat	1,0	1,7	1,9	-0,6	-0,2
Anlageinvestitionen	2,6	2,5	2,5	-0,6	-0,3
Ausrüstungen	4,2	1,9	2,2	-0,2	-0,6
Bauten	2,4	3,7	2,8	-0,3	-0,1
Sonstige Anlagen	0,4	0,2	1,9	-2,0	-0,6
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	0,5	-0,3	-0,1	-0,2	0,0
Inländische Verwendung	1,9	1,6	1,7	-0,3	-0,1
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,4	-0,7	-0,2	0,1	-0,1
Ausfuhr	2,0	0,7	2,7	-1,0	-1,1
Einfuhr	3,3	2,6	3,7	-1,4	-1,1
Erwerbstätige ³ , in 1000	44 841	45 290	45 550	10	10
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 340	2 280	2 260	90	170
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,2	5,0	4,9	0,2	0,4
Verbraucherpreise ⁶	1,8	1,3	1,4	-0,1	-0,2
Lohnstückkosten ⁷	2,8	3,5	2,0	0,2	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁸					
in Mrd.€	57,3	42	32	6,0	2,0
in % des nominalen BIP	1,7	1,2	0,9	0,2	0,1
Leistungsbilanzsaldo ⁹					
in Mrd.€	246,2	248	248	14,0	11,0
in % des nominalen BIP	7,3	7,1	6,9	0,4	0,3
Nachrichtlich:					
BIP USA	2,9	2,6	1,9	0,0	0,0
BIP Euro-Raum	1,9	1,2	1,4	0,0	0,0
Inflation Euro-Raum	1,8	1,4	1,4	-0,1	-0,1

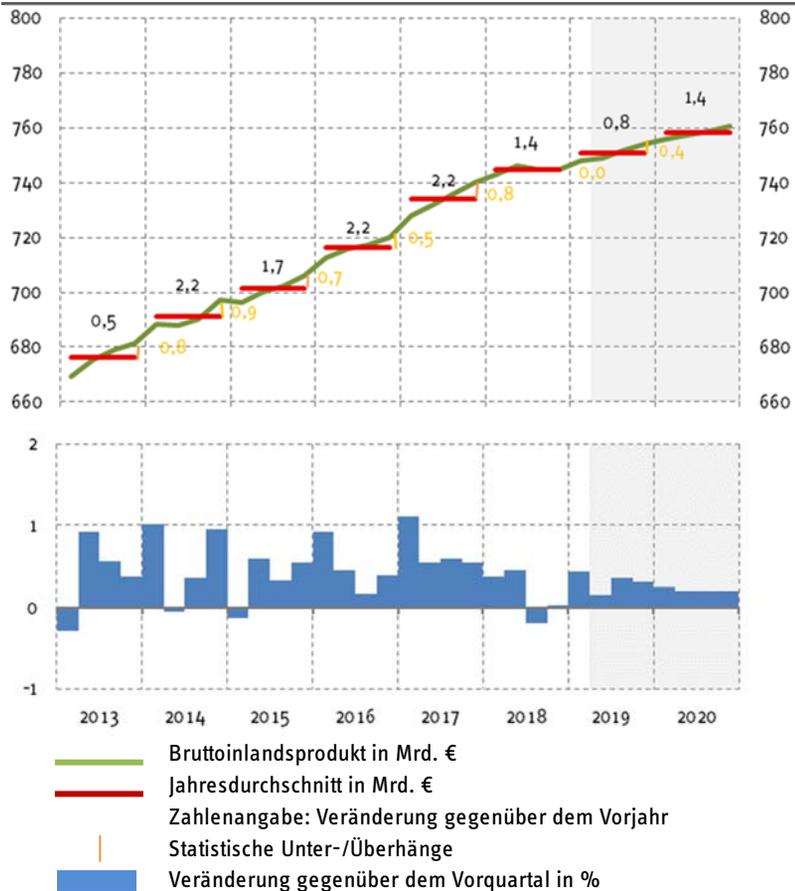
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2019

Schaubild 1

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2013 bis 2020; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab drittes Quartal 2017 eigene Prognose.

Beschäftigungsaufschwungs. Auch das ifo Beschäftigungsbarometer ist seit Jahresbeginn deutlich gesunken. Dies alles weist auf eine schwächere Nachfrage nach Arbeitskräften hin. Allerdings könnte die geringere Zahl gemeldeter Stellen auch mit den wachsenden Schwierigkeiten zusammenhängen, diese zu besetzen. Denn die Vakanzzeit gemeldeter Stellen liegt mit 130 Tagen auf einem Rekordniveau. Alles in allem dürfte die Erwerbstätigkeit in diesem Jahr, auch aufgrund eines

statistischen Überhangs, um 1,0% und im kommenden Jahr um nur noch 0,6% zunehmen.

Auf eine ungünstigere Arbeitsmarktentwicklung weist auch der Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen im Mai hin, die saisonbereinigt um 60 000 gegenüber April zunahm. Nur zum Teil kommt darin zum Ausdruck, dass der Arbeitsmarktstatus von Beziehern von Arbeitslosengeld II-überprüft wurde, mit dem Ergebnis, dass mehr Leistungsempfänger als bisher als arbeitslos eingestuft werden (BA 2019). Da die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III, welche nicht von der Überprüfung betroffen sind, im Mai um 17 000 zulegte, hat die Zunahme der Arbeitslosigkeit wohl auch konjunkturelle Gründe. In diese Richtung weist ebenfalls, dass sich die Komponente Arbeitslosigkeit des IAB-Arbeitsmarktbarometers im Mai bereits zum dritten Mal in Folge unter dem Referenzwert von 100 befand. Wir erwarten vor diesem Hintergrund einen nur noch schwachen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,0% in diesem und auf 4,9% im kommenden Jahr.

Teuerung bleibt moderat

Der Preisauftrieb war in den vergangenen Monaten moderat. Seit Jahresbeginn 2019 schwankt die Inflation um 1½ Prozent. Lediglich im April erreichte der Preisanstieg 2,0%, wofür allerdings kalendarische Sondereffekte ausschlaggebend waren. Die späte Lage der Osterferien schlug sich etwa in einem deutlichen Anstieg der Preise im Reiseverkehr im April nieder. Im Mai ging der Preisauftrieb wieder auf 1,4% zurück. Hierzu tragen überdurchschnittlich die Energiepreise bei. Haushaltsenergie und Kraftstoffe verteuerten sich zuletzt um 4,2%. Die Kerninflation, gemessen am Preisauftrieb ohne Energiepreise, lag hingegen bei nur 1,1%.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir, dass sich der Preisauftrieb zunächst leicht abschwächen dürfte. Maßgeblich hierfür dürften Energiepreise sein. Deren Beitrag zum Anstieg der Verbraucherpreise dürfte, auch wegen des zuletzt deutlichen Rückgangs des Rohölpreises, in den kommenden Monaten abnehmen. Die Kerninflation dürfte im Prognosezeitraum hingegen trotz der erwarteten Abschwächung der konjunkturellen Dynamik leicht anziehen. So dürften die in den vergangenen Quartalen vergleichsweise deutlich gestiegenen Produktionskosten zunehmend an Konsumenten weitergereicht werden. Insgesamt erwarten wir einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,3% in diesem und um 1,4% im kommenden Jahr. Die Kerninflation dürfte in beiden Jahren 1,4% betragen.

Staatsüberschüsse weiter hoch, aber zurückgehend

Nach einem Haushaltsüberschuss von gut 57 Mrd.€ im Jahre 2018, zeichnet sich für das Jahr 2019 ein geringerer gesamtstaatlicher Überschuss von 42 Mrd. € und

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2019

für das Jahr 2020 ein weiterer Rückgang auf knapp 32 Mrd.€ ab. Die Schuldenstandquote, die Ende 2018 rund 61 % des BIP erreichte, dürfte damit in diesem Jahr merklich unter die 60-Prozent-Marke rutschen. 2020 dürfte sie gut 55 % betragen.

Ursache des geringeren Überschusses ist ein zu erwartender deutlich geringerer Anstieg der Staatseinnahmen. Dies liegt zum einen an steuerlichen Entlastungen, etwa durch das Anheben des Grundfreibetrags und die Verschiebung von Tarifeckwerten, und zum anderen an der im Zuge der nachlassenden konjunkturellen Dynamik schwachen Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die negativ auf die veranlagte Einkommensteuer und die Unternehmenssteuern durchschlagen dürfte. Aufgrund der weiterhin guten Arbeitsmarktlage dürften die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen weiterhin merklich steigen, wenn auch mit nachlassender Dynamik.³

Ausgabenseitig ist für 2019 eine deutliche Zunahme der monetären Sozialleistungen zu erwarten. So wurde zu Beginn dieses Jahres die „Mütterrente 2“ eingeführt, und zur Mitte des Jahres wird das Kindergeld um monatlich 10 Euro je Kind erhöht. Zudem werden die Renten zur Mitte dieses Jahres deutlich angehoben. Ausgabensteigernd wirken zudem investive Maßnahmen wie die Förderung des Ausbaus von Kitas und Schulen und die Erhöhung von Forschungsausgaben. Schließlich wurden das Verteidigungs- und das Entwicklungshilfebudget für 2019 aufgestockt.

Tabelle 3
Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw. des Produktionspotenzials¹

	2018	2019 P	2020 P
Finanzierungssaldo des Staates	1,7	1,2	0,9
-Konjunkturkomponente ²	0,3	-0,1	0,2
=konjunkturbereinigter Fin.-saldo	1,4	1,3	0,7
-Einmaleffekte ³	-0,1	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	1,5	1,3	0,7
+Zinsausgaben	0,9	0,8	0,8
=struktureller Primärsaldo	2,4	2,1	1,4

Eigene Berechnungen -¹Finanzierungssaldo in Prozent des BIP, alle anderen Werte in Prozent des Produktionspotenzials. -²Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,55. -³Übernahme von Portfolios der HSH-Nordbank, Strafzahlungen von VW an das Land Niedersachsen, Zahlungen im Zusammenhang mit dem Schiedsverfahrens Toll Collect (2018)

³ Die Wirkungen von Änderungen in den Beitragssätzen gleichen sich annähernd aus. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zu Beginn des Jahres 2019 um 0,5%-Punkte reduziert, der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,5%-Punkte angehoben.

Für das Jahr 2020 sind weitere Anpassungen des Einkommensteuertarifs vorgesehen. Zudem erreicht ein Teil der 2019 eingeführten Maßnahmen aus 2019 erst dann die volle Jahreswirkung, etwa die Erhöhung des Kindergelds. Die Ausgaben für investive Maßnahmen werden voraussichtlich im kommenden Jahr weiter gesteigert.

Insgesamt ist die Finanzpolitik in beiden Jahren expansiv ausgerichtet. Dies lässt sich am strukturellen Primärsaldo abzulesen, der jedoch von 2,4% in Relation zum BIP im vergangenen Jahr auf 2,1% in diesem und 1,4% im kommenden Jahr zurückgehen dürfte (Tabelle 3).

Literatur

BA – Bundesagentur für Arbeit (2019), Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Mai 2019, Nürnberg, S. 11

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2019), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur nach Delle mit wenig Schwung. *RWI-Konjunkturbericht* 70(1): 23-54.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2019

Anhang Hauptaggregate der Sektoren 2018; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 054,0	2 075,6	328,0	650,4	-
2 - Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	-
3 = Nettowertschöpfung	2 453,9	1 732,2	252,5	469,2	-229,2
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 745,1	1 251,6	256,0	237,5	15,0
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	23,1	13,4	0,2	9,5	-
6 + Empf. s. Subventionen	27,2	25,4	0,2	1,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	712,9	492,6	-3,4	223,8	-244,1
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 746,1	-	-	1 746,1	14,0
9 - Gel. Subventionen	29,3	-	29,3	-	5,5
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	355,8	-	355,8	-	7,0
11 - Gel. Vermögenseinkommen	704,5	650,9	31,3	22,4	180,5
12 + Empf. Vermögenseinkommen	777,5	350,6	18,4	408,5	107,5
13 = Primäreinkommen	2 858,4	192,3	310,1	2 356,0	-301,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	435,3	96,4	-	338,8	10,5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	445,3	-	445,3	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	699,8	-	-	699,8	4,7
17 + Empf. Sozialbeiträge	701,4	129,0	571,6	0,8	3,0
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	586,9	66,0	520,1	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	579,6	-	-	579,6	7,7
20 - Gel. s. lauf. Transfers	334,7	171,7	83,1	79,9	53,0
21 + Empf. s. lauf. Transfers	286,6	149,1	24,8	112,8	101,0
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 814,8	136,2	748,6	1 930,0	-258,0
23 - Konsumausgaben	2 437,1	-	661,2	1 775,9	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-52,8	-	52,8	-
25 = Sparen	377,6	83,4	87,4	206,9	-258,0
26 - Gel. Vermögenstransfers	69,8	18,3	41,2	10,4	3,9
27 + Empf. Vermögenstransfers	61,1	28,5	13,0	19,6	12,6
28 - Bruttoinvestitionen	719,7	419,8	78,6	221,3	-
29 + Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-1,7	-1,2	-1,3	0,8	1,7
31 = Finanzierungssaldo	251,0	18,4	57,3	175,2	-251,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 814,8	136,2	748,6	1 930,0	-258,0
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-430,1	430,1	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 814,8	136,2	318,6	2 360,0	-258,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

RWI Konjunkturbericht 70 (2)

Hauptaggregate der Sektoren

2019; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 151,9	2 133,3	343,6	675,0	-
2 - Abschreibungen	629,2	359,1	79,8	190,3	-
3 = Nettowertschöpfung	2 522,8	1 774,2	263,8	484,7	-222,3
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 824,4	1 308,1	266,5	249,9	15,8
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	23,1	13,2	0,2	9,7	-
6 + Empf. s. Subventionen	27,9	26,1	0,2	1,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	703,1	479,0	-2,6	226,7	-238,2
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 826,2	-	-	1 826,2	14,1
9 - Gel. Subventionen	30,2	-	30,2	-	5,5
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	364,5	-	364,5	-	7,3
11 - Gel. Vermögenseinkommen	698,3	649,0	28,7	20,6	185,8
12 + Empf. Vermögenseinkommen	776,7	350,3	18,6	407,8	107,4
13 = Primäreinkommen	2 942,0	180,3	321,6	2 440,1	-300,8
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	442,0	95,6	-	346,4	10,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	452,4	-	452,4	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	725,3	-	-	725,3	5,0
17 + Empf. Sozialbeiträge	727,1	130,9	595,3	0,9	3,2
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	612,5	66,5	545,1	0,9	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	605,2	-	-	605,2	7,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	337,2	171,7	85,6	79,9	53,0
21 + Empf. s. lauf. Transfers	290,4	160,8	24,1	105,6	99,8
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 900,1	138,2	762,7	1 999,2	-258,8
23 - Konsumausgaben	2 521,2	-	689,3	1 831,9	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-53,2	-	53,2	-
25 = Sparen	378,9	84,9	73,4	220,5	-258,8
26 - Gel. Vermögenstransfers	67,1	18,4	38,0	10,8	4,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	58,4	27,0	11,8	19,5	12,8
28 - Bruttoinvestitionen	749,2	431,5	86,1	231,6	-
29 + Abschreibungen	629,2	359,1	79,8	190,3	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-3,1	-2,6	-1,3	0,8	3,1
31 = Finanzierungssaldo	253,2	23,8	42,3	187,1	-253,2
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 900,1	138,2	762,7	1 999,2	-258,8
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-442,0	442,0	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 900,1	138,2	320,8	2 441,2	-258,8

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2019

Hauptaggregate der Sektoren

2020; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 258,0	2 196,7	358,5	702,8	-
2 - Abschreibungen	660,7	376,2	84,4	200,1	-
3 = Nettowertschöpfung	2 597,3	1 820,5	274,1	502,7	-220,8
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 888,8	1 354,4	277,2	257,2	16,8
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	23,2	13,1	0,2	9,9	-
6 + Empf. s. Subventionen	28,5	26,7	0,2	1,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	713,8	479,8	-3,1	237,1	-237,6
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 890,7	-	-	1 890,7	14,9
9 - Gel. Subventionen	31,0	-	31,0	-	5,5
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	376,2	-	376,2	-	7,5
11 - Gel. Vermögenseinkommen	719,2	670,9	27,1	21,2	191,4
12 + Empf. Vermögenseinkommen	800,0	373,2	18,8	408,1	110,6
13 = Primäreinkommen	3 030,5	182,1	333,8	2 514,6	-301,4
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	454,4	97,0	-	357,4	11,4
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	465,3	-	465,3	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	748,7	-	-	748,7	5,3
17 + Empf. Sozialbeiträge	750,5	133,0	616,6	0,9	3,4
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	633,5	67,2	565,5	0,9	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	626,1	-	-	626,1	7,9
20 - Gel. s. lauf. Transfers	343,2	171,7	91,6	79,9	53,0
21 + Empf. s. lauf. Transfers	295,9	166,0	25,0	104,9	100,3
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 988,5	145,2	783,6	2 059,6	-259,4
23 - Konsumausgaben	2 604,3	-	717,7	1 886,6	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-53,9	-	53,9	-
25 = Sparen	384,1	91,3	65,9	226,9	-259,4
26 - Gel. Vermögenstransfers	69,5	18,9	39,4	11,1	4,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	60,7	28,5	12,1	20,1	12,9
28 - Bruttoinvestitionen	785,4	450,1	92,6	242,7	-
29 + Abschreibungen	660,7	376,2	84,4	200,1	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-3,1	-2,6	-1,3	0,8	3,1
31 = Finanzierungssaldo	253,8	29,6	31,7	192,5	-253,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 988,5	145,2	783,6	2 059,6	-259,4
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-455,6	455,6	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 988,5	145,2	328,0	2 515,3	-259,4

RWI Konjunkturbericht 70 (2)

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 und 2020

	2017	2018	2019	2020	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,4	1,3	1,0	0,6	1,1	0,9	0,6	0,5
Arbeitsvolumen	1,3	1,4	0,9	1,0	0,8	0,9	0,8	1,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,2	0,1	- 0,1	0,5	- 0,2	0,0	0,2	0,8
Produktivität ¹	0,9	0,0	- 0,1	0,3	- 0,5	0,4	0,5	0,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,2	1,4	0,8	1,4	0,3	1,2	1,3	1,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 371,1	2 437,1	2 521,2	2 604,3	1 231,0	1 290,2	1 277,2	1 327,1
Private Haushalte ²	1 732,2	1 775,9	1 831,9	1 886,6	897,4	934,6	929,0	957,7
Staat	638,9	661,2	689,3	717,7	333,6	355,6	348,2	369,5
Anlageinvestitionen	665,7	703,4	744,4	785,2	357,7	386,8	375,8	409,4
Ausrüstungen	215,2	225,7	231,3	237,6	110,4	120,9	112,6	125,0
Bauten	326,6	350,6	382,1	412,1	183,5	198,6	197,2	214,9
Sonstige Anlageinvestitionen	123,9	127,1	131,0	135,6	63,7	67,2	66,0	69,6
Vorratsveränderung ³	- 7,2	16,3	4,8	0,2	8,0	- 3,1	6,3	- 6,0
Inländische Verwendung	3 029,5	3 156,8	3 270,4	3 389,7	1 596,6	1 673,8	1 659,2	1 730,5
Außenbeitrag	247,8	229,2	222,3	220,8	119,0	103,3	116,5	104,2
Nachr: in Relation zum BIP in %	7,6	6,8	6,4	6,1	6,9	5,8	6,6	5,7
Exporte	1 541,9	1 590,2	1 619,5	1 679,2	803,3	816,2	825,4	853,9
Importe	1 294,1	1 361,0	1 397,2	1 458,5	684,3	712,9	708,8	749,6
Bruttoinlandsprodukt	3 277,3	3 386,0	3 492,7	3 610,5	1 715,6	1 777,1	1 775,8	1 834,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,5	2,8	3,4	3,3	3,1	3,7	3,8	2,9
Private Haushalte ²	3,4	2,5	3,2	3,0	2,8	3,5	3,5	2,5
Staat	3,8	3,5	4,2	4,1	4,1	4,4	4,4	3,9
Anlageinvestitionen	5,0	5,7	5,8	5,5	5,8	5,8	5,1	5,9
Ausrüstungen	4,2	4,9	2,5	2,7	2,3	2,7	2,0	3,4
Bauten	6,4	7,3	9,0	7,8	9,2	8,8	7,5	8,2
Sonstige Anlageinvestitionen	2,9	2,6	3,0	3,5	2,9	3,1	3,6	3,5
Inländische Verwendung	4,0	4,2	3,6	3,6	3,6	3,6	3,9	3,4
Exporte	6,3	3,1	1,8	3,7	1,5	2,2	2,7	4,6
Importe	7,6	5,2	2,7	4,4	3,6	1,8	3,6	5,1
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,3	3,2	3,4	2,6	3,7	3,5	3,2

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 158,0	2 181,3	2 221,1	2 258,0	1 092,0	1 129,1	1 112,5	1 145,4
Private Haushalte ²	1 594,7	1 612,2	1 642,5	1 668,4	807,0	835,5	821,6	846,8
Staat	562,9	568,6	578,2	589,0	284,7	293,5	290,6	298,4
Anlageinvestitionen	592,8	608,4	623,5	639,0	301,3	322,2	307,4	331,6
Ausrüstungen	207,6	216,4	220,4	225,2	104,9	115,5	106,4	118,8
Bauten	274,1	280,8	291,2	299,5	141,5	149,7	144,8	154,6
Sonstige Anlageinvestitionen	111,7	112,1	112,4	114,5	54,9	57,5	55,9	58,6
Inländische Verwendung	2 732,4	2 785,5	2 830,2	2 878,3	1 396,1	1 434,1	1 420,9	1 457,4
Exporte	1 457,7	1 486,8	1 496,5	1 537,2	744,3	752,2	757,2	780,0
Importe	1 258,2	1 299,9	1 333,2	1 382,6	653,3	679,9	672,6	709,9
Bruttoinlandsprodukt	2 932,5	2 974,3	2 997,4	3 038,5	1 488,3	1 509,0	1 507,3	1 531,2

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2019

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2020

	2017	2018	2019	2020	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,7	1,1	1,8	1,7	1,4	2,2	1,9	1,4
Private Haushalte ²	1,8	1,1	1,9	1,6	1,4	2,3	1,8	1,4
Staat	1,6	1,0	1,7	1,9	1,4	1,9	2,1	1,7
Anlageinvestitionen	2,9	2,6	2,5	2,5	2,4	2,6	2,0	2,9
Ausrüstungen	3,7	4,2	1,9	2,2	1,4	2,3	1,4	2,9
Bauten	2,9	2,4	3,7	2,8	3,8	3,6	2,4	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	1,3	0,4	0,2	1,9	0,0	0,5	1,9	1,9
Inländische Verwendung	2,0	1,9	1,6	1,7	1,6	1,7	1,8	1,6
Exporte	4,6	2,0	0,7	2,7	0,0	1,3	1,7	3,7
Importe	4,8	3,3	2,6	3,7	2,9	2,3	3,0	4,4
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,4	0,8	1,4	0,3	1,2	1,3	1,5

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,6	1,4	1,2	1,4	1,3	1,2	1,7	1,1
Konsumausgaben des Staates	2,2	2,5	2,5	2,2	2,6	2,4	2,3	2,2
Anlageinvestitionen	2,1	2,9	3,3	2,9	3,4	3,2	3,0	2,9
Ausrüstungen	0,5	0,6	0,6	0,5	0,9	0,4	0,5	0,4
Bauten	3,3	4,8	5,1	4,9	5,2	5,0	5,0	4,7
Exporte	1,6	1,1	1,2	0,9	1,5	0,9	1,0	0,9
Importe	2,6	1,8	0,1	0,7	0,7	-0,5	0,6	0,7
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,9	2,4	2,0	2,3	2,4	2,2	1,7

5. Einkommensstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 269,9	2 356,0	2 440,1	2 514,6	1 209,0	1 231,1	1 247,4	1 267,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	302,2	313,3	330,9	340,9	160,7	170,1	165,8	175,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 366,6	1 432,8	1 495,3	1 549,7	715,6	779,7	742,6	807,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	601,1	610,0	613,9	624,0	332,7	281,3	339,0	285,0
Primäreinkommen der übr. Sektoren	503,2	502,4	501,9	515,9	224,5	277,5	231,7	284,2
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 773,1	2 858,4	2 942,0	3 030,5	1 433,5	1 508,6	1 479,1	1 551,4
Abschreibungen	573,1	600,0	629,2	660,7	311,0	318,1	326,5	334,2
Bruttonationaleinkommen	3 346,3	3 458,5	3 571,2	3 691,2	1 744,5	1 826,7	1 805,5	1 885,7
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 456,4	2 532,0	2 607,8	2 685,3	1 266,2	1 341,6	1 306,3	1 379,0
Unternehmens- und Vermögenseink.	787,6	785,9	781,6	794,7	389,8	391,8	398,0	396,7
Arbeitnehmerentgelt	1 668,8	1 746,1	1 826,2	1 890,7	876,4	949,8	908,4	982,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	4,1	3,8	3,6	3,1	3,7	3,4	3,2	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,5	3,7	5,6	3,0	6,1	5,2	3,1	2,9
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	4,8	4,4	3,6	4,8	3,9	3,8	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,5	3,2	3,1	2,9	3,4	2,8	3,0	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,7	1,5	0,7	1,6	0,3	1,1	1,9	1,3
Primäreinkommen der übr. Sektoren	2,8	-0,2	-0,1	2,8	-4,3	3,6	3,2	2,4
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3,9	3,1	2,9	3,0	2,4	3,5	3,2	2,8
Abschreibungen	3,8	4,7	4,9	5,0	4,8	4,9	5,0	5,1
Bruttonationaleinkommen	3,8	3,4	3,3	3,4	2,8	3,7	3,5	3,2
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,9	3,1	3,0	3,0	2,4	3,6	3,2	2,8
Unternehmens- und Vermögenseink.	3,3	-0,2	-0,5	1,7	-3,3	2,3	2,1	1,3
Arbeitnehmerentgelt	4,2	4,6	4,6	3,5	5,1	4,2	3,7	3,4

RWI Konjunkturbericht 70 (2)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2020

	2017	2018	2019	2020	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 347,7	1 400,3	1 466,9	1 518,7	706,1	760,8	732,1	786,6
Nettolöhne und -gehälter	902,9	945,4	990,8	1 025,8	469,1	521,7	486,4	539,4
Monetäre Sozialleistungen	565,2	579,6	605,2	626,1	300,6	304,6	311,8	314,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	120,4	124,7	129,0	133,2	63,6	65,4	66,1	67,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	601,1	610,0	613,9	624,0	332,7	281,3	339,0	285,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 78,9	- 80,3	- 81,7	- 83,1	- 43,6	- 38,0	- 39,7	- 43,4
Verfügbares Einkommen	1 869,9	1 930,0	1 999,2	2 059,6	995,1	1 004,1	1 031,4	1 028,3
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	52,1	52,8	53,2	53,9	26,3	27,0	26,4	27,5
Konsumausgaben	1 732,2	1 775,9	1 831,9	1 886,6	897,4	934,6	929,0	957,7
Sparen	189,8	206,9	220,5	226,9	124,0	96,5	128,8	98,1
Sparquote (%) ⁶	9,9	10,4	10,7	10,7	12,1	9,4	12,2	9,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,7	3,9	4,8	3,5	4,9	4,6	3,7	3,4
Nettolöhne und -gehälter	3,9	4,7	4,8	3,5	5,3	4,4	3,7	3,4
Monetäre Sozialleistungen	3,7	2,6	4,4	3,5	3,8	5,0	3,7	3,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,9	3,6	3,5	3,2	2,7	4,2	3,9	2,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,7	1,5	0,7	1,6	0,3	1,1	1,9	1,3
Verfügbares Einkommen	3,4	3,2	3,6	3,0	3,4	3,8	3,6	2,4
Konsumausgaben	3,4	2,5	3,2	3,0	2,8	3,5	3,5	2,5
Sparen	4,3	9,0	6,6	2,9	7,0	6,1	3,9	1,7

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	766,4	801,0	816,9	841,5	410,8	406,0	423,2	418,3
Nettosozialbeiträge	548,6	571,6	595,3	616,6	289,3	306,0	299,8	316,8
Vermögenseinkommen	15,9	18,4	18,6	18,8	11,6	7,0	11,8	7,0
Sonstige Transfers	21,8	24,8	24,1	25,0	11,3	12,8	11,7	13,3
Vermögenstransfers	10,2	13,0	11,8	12,1	5,5	6,3	5,7	6,5
Verkäufe	110,8	115,9	121,1	125,3	57,1	63,9	59,1	66,2
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 473,8	1 544,9	1 588,0	1 639,6	785,8	802,2	811,4	828,2
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	434,8	449,3	466,9	484,7	224,7	242,2	234,1	250,6
Arbeitnehmerentgelt	246,7	256,0	266,5	277,2	127,9	138,5	132,9	144,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	33,8	31,3	28,7	27,1	14,5	14,1	13,9	13,3
Subventionen	28,4	29,3	30,2	31,0	14,1	16,0	14,5	16,5
Monetäre Sozialleistungen	506,1	520,1	545,1	565,5	270,6	274,5	281,6	283,9
Sonstige laufende Transfers	75,2	83,1	85,6	91,6	41,9	43,7	44,9	46,8
Vermögenstransfers	43,9	41,2	38,0	39,4	13,7	24,3	14,3	25,1
Bruttoinvestitionen	72,4	78,6	86,1	92,6	37,4	48,7	40,4	52,2
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gsgütern	- 1,6	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7
Insgesamt	1 439,8	1 487,6	1 545,7	1 607,9	744,3	801,4	775,9	832,0
Finanzierungssaldo	34,0	57,3	42,3	31,7	41,5	0,8	35,5	- 3,8

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2019

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2020

	2017	2018	2019	2020	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	4,7	4,5	2,0	3,0	1,6	2,4	3,0	3,0
Nettosozialbeiträge	4,7	4,2	4,1	3,6	4,5	3,8	3,6	3,5
Vermögenseinkommen	- 12,4	15,6	1,4	1,0	2,0	0,5	1,5	0,0
Sonstige Transfers	8,4	13,8	- 2,9	4,0	- 2,6	- 3,3	3,9	4,0
Vermögenstransfers	- 33,3	27,2	- 8,7	2,5	0,3	- 15,3	2,5	2,6
Verkäufe	4,3	4,6	4,4	3,5	5,1	3,9	3,5	3,5
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,1	4,8	2,8	3,2	2,8	2,7	3,3	3,2
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	3,8	3,3	3,9	3,8	4,0	3,8	4,2	3,4
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,7	4,1	4,0	3,9	4,3	3,9	4,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 9,5	- 7,4	- 8,5	- 5,3	- 9,0	- 7,9	- 4,8	- 5,8
Subventionen	1,3	3,4	2,9	2,9	2,9	3,0	2,8	2,9
Monetäre Sozialleistungen	4,0	2,8	4,8	3,7	4,2	5,5	4,0	3,4
Sonstige laufende Transfers	- 0,4	10,4	3,0	7,1	3,0	3,0	7,1	7,0
Vermögenstransfers	23,3	- 6,3	- 7,8	3,8	3,4	- 13,0	4,6	3,3
Bruttoinvestitionen	6,2	8,5	9,5	7,5	10,0	9,2	8,0	7,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögengsgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,8	3,3	3,9	4,0	4,0	3,9	4,2	3,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

György Barabas, Robin Jessen, Torsten Schmidt und Klaus Weyerstraß

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2023: Produktionslücke bleibt in der mittleren Frist weitge- hend geschlossen¹

Zusammenfassung: *Das Wachstum des Produktionspotenzials wird in den kommenden Jahren zunehmend von der Entwicklung des Arbeitsvolumens gedämpft. So ist in den letzten beiden Jahren des Projektionszeitraums mit einem Rückgang des trendmäßigen Arbeitsvolumens zu rechnen. Der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufgrund des Geburtendefizits wird dann nicht mehr durch die Zuwanderung kompensiert. Dennoch ist damit zu rechnen, dass das Bruttoinlandsprodukt in der mittleren Frist langsamer expandiert als das Produktionspotenzial. Vor allem die Auslandsnachfrage dürfte in der mittleren Frist schwach bleiben, und dies wirkt nach und nach dämpfend auf die Inlandsnachfrage. Die Produktionslücke dürfte bereits in diesem Jahr deutlich reduziert und in der mittleren Frist dann vollständig geschlossen werden.*

Abstract: *In the following years, potential output growth will increasingly be dampened by the development of labor supply. The last two years of the projection period are expected to bring a decline in the trend labor volume. The decline in the working-age population due to the birth deficit will then no longer be compensated by net immigration. Nevertheless, GDP is expected to expand more slowly than potential output in the medium term. Foreign demand in particular is likely to remain weak in the medium term, and this will gradually have a dampening effect on domestic demand. The output gap is likely to be significantly reduced already this year. It is expected to close completely in the medium term.*

¹ Die Mittelfristprojektion ist ein Gemeinschaftsprojekt des RWI mit den IHS Wien. Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des IHS Wien. Wir danken Roland Döhrn für hilfreiche Anmerkungen und Kommentare. Kontakt: torsten.schmidt@rwi-essen.de.

Mittelfristprojektion bis 2023

1. Wachstum des Produktionspotenzials schwächt sich deutlich ab

Die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft hängen vom potenziellen Arbeitsvolumen, dem Sachkapitalbestand und dem technischen Fortschritt ab.² Im Falle Deutschlands dürfte dabei in den kommenden Jahren die Entwicklung des Arbeitsvolumens von besonderer Bedeutung sein, da sich aufgrund der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung abzeichnet. Für deren Ableitung greifen wir auf die im März 2017 aktualisierte Veröffentlichung der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Variante 2-A, zurück (Statistisches Bundesamt 2017).³ Die Annahmen hinsichtlich der Geburten- und Sterberaten werden hier unverändert übernommen, der Wanderungssaldo wird an die seit Veröffentlichung der Bevölkerungsvorausberechnung eingetretene Entwicklung angepasst. Dem derzeitigen Rechenstand zufolge betrug Letzterer in den Jahren 2017 und 2018 auf 416 000 bzw. 386 200 Personen (Statistisches Bundesamt 2019). In der Bevölkerungsvorausberechnung war von 500 000 bzw. 400 000 Personen ausgegangen worden. Im Einklang mit der 13. Bevölkerungsvorausberechnung unterstellen wir, dass der Wanderungssaldo von 300 000 Personen im Jahr 2019 auf 200 000 im Jahr 2023 zurückgeht.

Da sich die Flüchtlinge und die sonstigen Migranten hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung und der Erwerbslosigkeit deutlich unterscheiden, ist es wichtig, die Aufteilung des Wanderungssaldo auf diese beiden Gruppen zu berücksichtigen. Nachdem sich der Wanderungssaldo der Flüchtlinge im Jahr 2015 auf 660 000 belaufen hatte, ging dieser in den folgenden Jahren deutlich zurück. Da inzwischen viele Asylverfahren mit einem negativen Bescheid abgeschlossen wurden, hat ein beträchtlicher Teil der im Jahr 2015 angekommenen Flüchtlinge Deutschland wieder verlassen. Auch deshalb belief sich der Wanderungssaldo der Flüchtlinge unseren Annahmen zufolge im Jahr 2018 nur noch auf 80 000 und wir erwarten einen weiteren Rückgang auf 50 000 Personen pro Jahr im Zeitraum 2019 bis 2023.

Auch die sonstige Zuwanderung dürfte geringer werden als in der jüngeren Vergangenheit. Die Migranten, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland kamen, stammten zu einem großen Teil aus Mittel- und Osteuropa sowie Südeuropa. Mit der

² Im Einklang mit der Methode, die auch von der Europäischen Kommission verwendet wird (Havik et al. 2014), schätzen wir die Produktionsmöglichkeiten auf Basis einer Produktionsfunktion vom Cobb-Douglas-Typ mit konstanten Skalenerträgen und den Einsatzfaktoren potenzielles Arbeitsvolumen, Kapitalstock und Trend des technischen Fortschritts. Unterschiede ergeben sich bei der Fortschreibung des Arbeitsvolumens und im Detail bei der Spezifikation einiger Zeitreihenmodelle.

³ Die am 27. Juni 2019 vorgestellte 14. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung wurde hier noch nicht berücksichtigt.

gradueller Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in Deutschland und insbesondere der Verbesserung in Mittel- und Osteuropa dürfte ein wesentlicher Treiber der Migration an Kraft verlieren. In vielen Ländern Mittel- und Osteuropas besteht aufgrund der Alterung der Bevölkerung und der anhaltenden Netto-Abwanderung inzwischen eine Knappheit an Fachkräften, was sich in steigenden Löhnen niederschlägt.

Für die Ableitung des Erwerbspersonenpotenzials sind nur die Personen im erwerbsfähigen Alter relevant. Auf Basis der Altersverteilung der Migranten in der Vergangenheit unterstellen wir, dass von den Flüchtlingen 71% und von den übrigen Migranten 87% dieser Altersgruppe angehören. Zudem ist für das Erwerbspersonenpotenzial nur jener Teil der Personen im Alter von 15 bis 74 relevant, der entweder erwerbstätig oder erwerbslos ist. Deren Anteil an den Erwerbspersonen, die Partizipationsrate, wird in der mittleren Frist von gegenläufigen Entwicklungen geprägt. Der Anteil der älteren Personen wird sich mittelfristig erhöhen, die zwar gegenwärtig eine sehr niedrige, aber stark steigender Partizipationsrate aufweisen. Auf der anderen Seite nimmt der Anteil der Personen im Haupterwerbsalter mit annähernd konstanter und hoher Erwerbsbeteiligung immer mehr ab. Für die Projektion des Arbeitsvolumens schreiben wir die Partizipationsraten getrennt nach 5-Jahres-Alterskohorten und separat für Frauen und Männer fort.⁴

Ferner unterscheiden wir bei der Partizipationsrate, wie auch bei der strukturellen Erwerbslosenquote, zwischen Flüchtlingen und allen anderen Personen.⁵ Flüchtlinge verfügen unmittelbar nach ihrer Ankunft in der Regel über wenig Deutschkenntnisse und eine geringe formale Berufsqualifikation. Sofern sich diese Personen in Schulungsmaßnahmen befinden, schlägt sich dies in einer niedrigen Partizipationsrate nieder, weil sie noch nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Sind die Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt aktiv, ist aus den genannten Gründen ihre Arbeitslosigkeit zunächst sehr hoch. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt dann die Partizipationsrate der Flüchtlinge markant, während ihre Erwerbslosigkeit abnimmt. Auf Basis der Angaben des IAB zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen schätzen wir, dass ihre Partizipationsrate im Jahresdurchschnitt 2018 rund 43% betrug, nach 21% im Jahr 2017.⁶ Mit einem Modell, das insbesondere die Beschäftigungswahrscheinlichkeit der Flüchtlinge sowie die Dauer der Asylverfahren berücksichtigt,

4 *Eine ausführliche Beschreibung der von uns verwendeten Methode und alternativer Ansätze findet sich in Barabas et al. (2018).*

5 *Zum methodischen Vorgehen vgl. Barabas et al. (2016) und Barabas et al. (2017).*

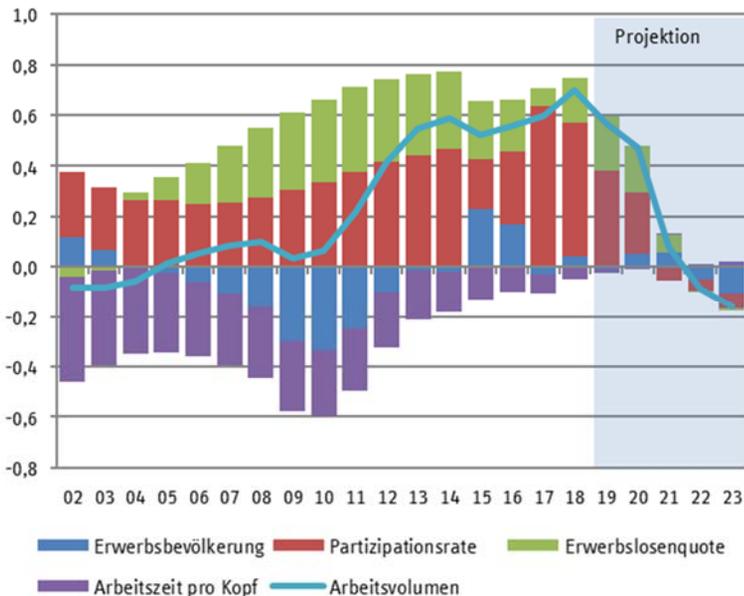
6 *Im IAB-Zuwanderungsmonitor wird nicht nach Flüchtlingen und anderen Migranten, sondern nach Herkunftsländern unterschieden. Die genannte Zahl bezieht sich auf „Kriegs- und Krisenländer“ (vgl. IAB 2019).*

Mittelfristprojektion bis 2023

schätzen wir, dass dieser Wert bis 2023 auf 67% steigen wird. Wie beschrieben, wird die Partizipationsrate der übrigen Personen mithilfe alterskohorten- und geschlechtsspezifischer Modelle fortgeschrieben. Diese wird anschließend trendbereinigt, während jene der Flüchtlinge wegen der Kürze der Zeitreihe nicht trendbereinigt, sondern als strukturell interpretiert wird. Die auf Basis der Bevölkerungsanteile der Flüchtlinge und der anderen Personen gewichtete trendmäßige Partizipationsrate der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter steigt nach diesem Ansatz von ihrem im Jahresdurchschnitt 2018 erreichten Wert von 74,3% noch weiter, bis sie im Jahr 2021 mit knapp 75% ihren Höhepunkt erreicht. Anschließend beginnt sie demografisch bedingt zu sinken. Im Jahr 2023 ist sie allerdings noch um rund 0,5 Prozentpunkte höher als im Jahr 2018.

Die Erwerbslosenquote der Flüchtlinge belief sich laut IAB-Zuwanderungsmonitor im März 2019 auf 35%. Aufgrund abweichender Datenquellen und Definitionen liegt unserer Potenzialschätzung eine deutlich höhere Erwerbslosenquote von knapp

Schaubild 1
Komponenten des Arbeitsvolumens
 2002 bis 2023 Wachstumsbeiträge in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle 1
Produktionspotenzial und seine Komponenten ^a

1995 bis 2023; jahresdurchschnittliche Veränderung in %

	1995 – 2018	Wachstums- beiträge ¹	2018 – 2023	Wachstums- beiträge ¹
Produktionspotenzial	1,4		1,2	
Kapitalstock	1,6	0,6	1,3	0,5
Solow-Residuum	0,7	0,7	0,6	0,6
Arbeitsvolumen	0,2	0,1	0,3	0,2
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0	
Partizipationsrate	0,5		0,1	
Erwerbsquote	0,2		0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		0,0	
Nachrichtlich:				
Arbeitsproduktivität	1,2		1,0	

Eigene Berechnungen und Projektionen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹In %-Punkten. – ^aDifferenzen in den aggregierten Werten durch Rundung möglich.

50% im Jahresdurchschnitt 2018 bzw. knapp 41% im Jahresdurchschnitt 2019 zugrunde. Sie wird unseren Annahmen zufolge bis zum Jahr 2023 auf rund 33% zurückgehen. Die strukturelle Erwerbslosenquote der Inländer und der Personen, die nicht aus dem Fluchtmotiv nach Deutschland kamen, lag nach unseren Schätzungen im Jahresdurchschnitt 2018 bei 3¼%. Sie dürfte bis zum Ende des Projektionszeitraums noch auf rund 2½% zurückgehen. Der gewichtete Mittelwert der Erwerbslosenquote der Flüchtlinge und der strukturellen Erwerbslosenquote der anderen Personen dürfte im Jahr 2018 rund 3½% betragen haben. Für den Projektionszeitraum ergeben unsere Schätzungen und Setzungen noch einen Rückgang auf rund 3% im Jahr 2020. Etwa auf diesem Niveau dürfte die strukturelle Erwerbslosenquote anschließend bis zum Ende des Projektionszeitraums verharren.

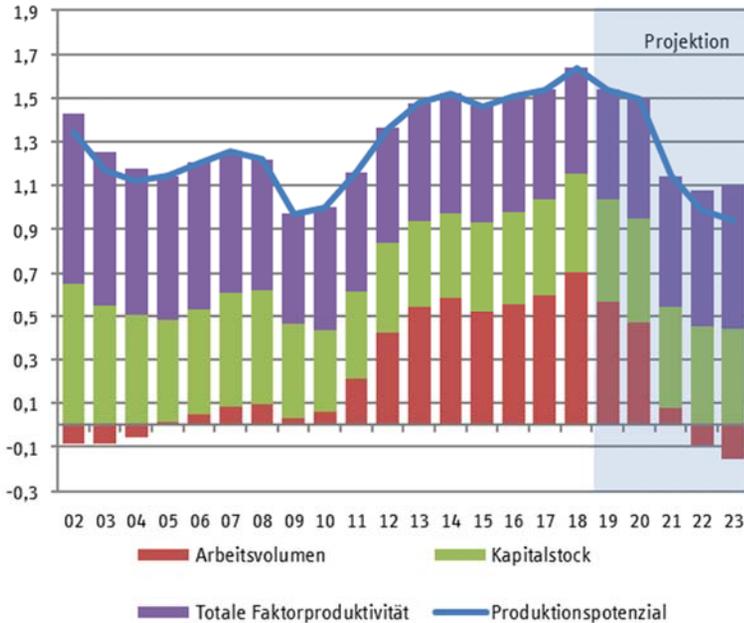
Die durchschnittliche Arbeitszeit ist in den zurückliegenden Jahrzehnten in der Tendenz gesunken. In den vergangenen Jahren hat sich der Rückgang jetzt deutlich abgeschwächt. Unser Fortschreibungsmodell ergibt für die letzten Jahre des Projektionszeitraums einen geringfügigen Anstieg der trendmäßigen durchschnittlichen Arbeitszeit.

Aus den beschriebenen Annahmen und Fortschreibungen der Komponenten ergibt sich, dass das trendmäßige Arbeitsvolumen in den letzten beiden Jahren des Projektionszeitraums sinkt und damit das Wachstum des Produktionspotenzials bremst (Schaubild 1). Der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufgrund des Geburtendefizits wird dann nicht mehr durch die Zuwanderung

Mittelfristprojektion bis 2023

Schaubild 2

Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren zum Produktionspotenzial
2002 bis 2023; in % und in Prozentpunkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

kompensiert. Zudem bremst der demografisch bedingte Rückgang der trendmäßigen Partizipationsrate das Erwerbspersonenpotenzial. Einzig die strukturelle Erwerbslosenquote und die trendmäßige Arbeitszeit dämpfen das Arbeitsvolumen dann nicht.

Auch wenn sich das Wachstum der Anlageinvestitionen mittelfristig abschwächen dürfte, ist zu erwarten, dass der Kapitalstock noch um 1,3% pro Jahr ausgeweitet wird. Dies entspricht in etwa dem Wachstum der vergangenen fünf Jahre. Mitte der 1990er Jahre stieg der Kapitalstock noch um rund 2½% pro Jahr, in den Jahren nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 aber nur noch um reichlich 1% pro Jahr. Das Wachstum des trendmäßigen technischen Fortschritts dürfte sein Tempo aus den vergangenen Jahren in etwa beibehalten. Alles in allem wird unseren Schätzungen zufolge das Produktionspotenzial bis 2023 um 1,2% pro Jahr und damit etwas schwächer als im Durchschnitt des Zeitraums 1995 bis 2018 wachsen (Tabelle 1).

Somit dürften die Nutzung des Kapitalstocks und der technische Fortschritt im Projektionszeitraums in ähnlichem Ausmaß wie zuletzt zum Wachstum der

Produktionsmöglichkeiten beitragen. Hingegen wird der Beitrag des Arbeitsvolumens im Verlauf wohl markant abnehmen und schließlich sogar negativ werden (Schaubild 2).

2. Weiterhin schwaches weltwirtschaftliches Umfeld

In der mittleren Frist dürfte die internationale Konjunktur weiterhin schwach bleiben. Kurzfristig ist dabei von Bedeutung, dass insbesondere die Produktionsausweitung in den beiden großen Volkswirtschaften USA und China derzeit von fiskalpolitischen Impulsen gestützt wird. Da diese bereits im Verlauf dieses Jahres deutlich nachlassen werden, ist mittelfristig mit einer ruhigeren Gangart des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos in diesen Ländern zu rechnen. Die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion werden sich in den USA in der mittleren Frist nahe der Potenzialraten bewegen. Für den Euroraum sind angesichts des schwachen internationalen Umfeldes keine Impulse vom Außenhandel zu erwarten. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion ebenfalls mit Raten in der Nähe der Potenzialraten fortsetzen.

Für ein schwächeres Expansionstempo der internationalen Produktion spricht auch, dass sich die Zuwachsraten im Verarbeitenden Gewerbe wieder verringert haben. Die Belebung zu Beginn des vergangenen Jahres hat sich als nicht dauerhaft erwiesen. Damit hat sich auch die Hoffnung zerschlagen, dass sich der Welthandel belebt, da im Verarbeitenden Gewerbe vor allem handelbare Güter hergestellt werden. Die Gründe für diese Entwicklung dürften mehrschichtig sein. Kurzfristig spielen sicher die nach wie vor hohen wirtschaftspolitischen Risiken wie Handelskonflikte und der Brexit eine Rolle, da sie zu einer Investitionszurückhaltung geführt haben dürften.

Darüber hinaus spricht einiges dafür, dass die schwache Investitionstätigkeit dauerhafter Natur sein könnte. So gibt es Hinweise, dass im Zuge der Digitalisierung verstärkt Aktivitäten in Wirtschaftsbereichen stattfinden, die weniger kapitalintensiv sind als Bereiche, die bisher die wirtschaftliche Dynamik getragen haben. Ein Extrembeispiel sind Online-Marktplätze. Sie erlauben es, Güter und Dienstleistungen international anzubieten, ohne dass in den Abnehmerländern Investitionen notwendig sind. Ähnliche Entwicklungen sind auch in vielen anderen Wirtschaftsbereichen sichtbar. Allerdings ist deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung derzeit noch gering.

Allerdings scheint die Digitalisierung des Wirtschaftsgeschehens auch die Tertiarisierung der Wirtschaft zu verstärken (UNCTAD 2017). Dazu trägt bei, dass im Zuge der Globalisierung von Wertschöpfungsketten Dienstleistungen ausgelagert werden. Zudem bieten Produzenten zunehmend Dienstleistungen rund um ihr Produkt an. Dies spricht dafür, dass sich der Prozess der Tertiarisierung fortsetzt und vielleicht sogar

Mittelfristprojektion bis 2023

weiter an Fahrt gewinnt. Auch dies dürfte dazu beitragen, dass die „Entkopplung“ von Produktion und Welthandel zumindest anhält.

Angesichts der kurzfristig etwas schlechteren Aussichten für das internationale Umfeld und der in der Aktualisierung der Kurzfristprognose für die Jahre 2019 und 2020 getroffenen Annahmen (vgl. Döhrn et al. 2019) gehen wir für die Projektion der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland von den folgenden Rahmenbedingungen aus:

- i** Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar beträgt im gesamten Projektionszeitraum 1,12 \$/€; die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bleibt damit von dieser Seite her unverändert.
- i** Der Ölpreis der Sorte Brent wird sich im Projektionszeitraum, ausgehend vom zum Zeitpunkt der Erstellung der Kurzfristprognose erreichten Niveau von rund 61 \$ je Barrel, mit einer Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real konstant bleibt.
- i** Der Welthandel mit Waren (CPB) dürfte im Jahr 2019 stagnieren. Von 2020 bis 2023 dürfte er dann mit 3% je Jahr expandieren.

3. Wirtschaftspolitik bleibt expansiv ausgerichtet

Die Wirtschaftspolitik ist in diesem Jahr deutlich expansiv ausgerichtet. Angesichts des nach wie vor schwachen Preisauftriebs und der konjunkturellen Abschwächung hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren geldpolitischen Kurs wieder etwas gelockert. Insbesondere wurden alle Ankündigungen eines Ausstiegs aus der derzeitigen geldpolitischen Ausrichtung zurückgenommen. Da sich die gesamtwirtschaftliche Expansion in der mittleren Frist in nur moderatem Tempo fortsetzen dürfte, ist auch für den weiteren Prognosezeitraum mit keiner deutlichen Abkehr von der derzeitigen Politik zu rechnen.

Die deutsche Finanzpolitik sorgt in diesem Jahr durch eine Reihe expansiver Maßnahmen für einen deutlichen Impuls. Die staatlichen Einnahmen gehen durch Tarifverschiebungen bei der Einkommensteuer und die Erhöhung des Kinderfreibetrags für sich genommen zurück. Ausgabeseitig fallen vor allem die „Mütterrente II“ sowie die Anhebung des Kindergelds, die zusätzliche Förderung von Forschung und die Aufstockung der Mittel für Kinderbetreuung ins Gewicht. Da ein Teil dieser Maßnahmen, etwa die Erhöhung des Kindergelds, erst im kommenden Jahr volle Wirkung erzielen und der Einkommensteuertarif nochmals verschoben wird, ist auch 2020 mit einem – wenn auch schwächeren – expansiven Impuls zu rechnen. Im Jahr 2021 wird gemäß dem Koalitionsvertrag der Solidaritätszuschlag für 90% der Zahler abgeschafft und das Kindergeld ein weiteres Mal erhöht. Zudem ist mit der Einführung

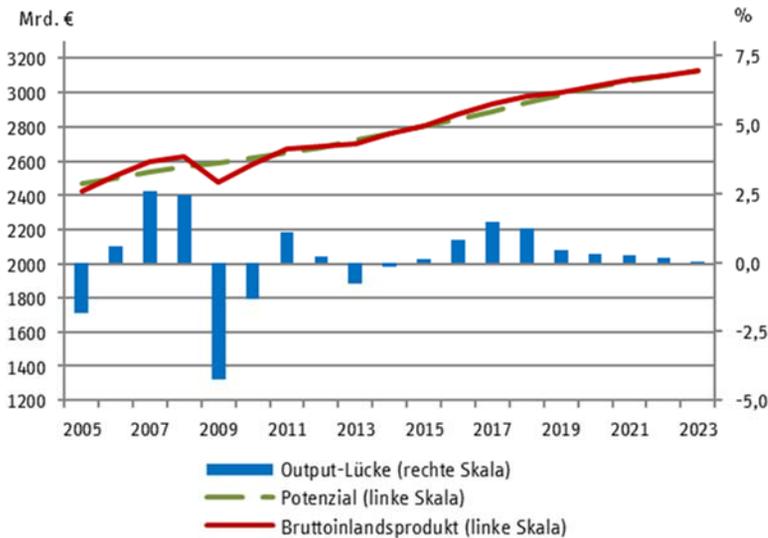
RWI Konjunkturbericht 70 (2)

einer „Grundrente“ zu rechnen. Der expansive Impuls im Jahr 2021 wird somit voraussichtlich wieder stärker ausfallen. Nach derzeitigem Stand wird die Finanzpolitik in den Jahren 2022 und 2023 annähernd neutral ausgerichtet sein.

4. Projektion bis 2023: Schwache Weltkonjunktur überträgt sich allmählich auf die Binnennachfrage

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in der mittleren Frist langsamer expandieren als das Produktionspotenzial. Grund dafür ist, dass das Potenzialwachstum in den kommenden Jahren zuwanderungsbedingt mit 1,5% relativ hoch bleiben und sich erst ab 2021 auf Werte um 1% verringern dürfte. Dagegen nimmt das BIP vor allem in diesem Jahr mit deutlich geringeren Raten zu, sodass sich die Produktionslücke bereits deutlich verringert. Für die kommenden Jahre erwarten wir, dass sich die Produktionslücke dann vollständig schließt (Schaubild 3).

Schaubild 3
Bruttoinlandsprodukt, Produktionspotenzial und Produktionslücke
2005 bis 2023



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; 2019-2023: eigene Prognose, Produktionslücke: Differenz zwischen realem BIP und Produktionspotenzial in % des Potenzials.

Mittelfristprojektion bis 2023

Tabelle 2
Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
2013 bis 2023

	Absolut			Jahresdurchschnittliche Veränderung in % ¹	
	2013	2018	2023	2013 bis 2018	2018 bis 2023
Entstehungskomponenten des BIP					
Erwerbstätige (Inland), in Mill.	42,3	44,8	45,8	1,2	½
Arbeitnehmer (Inland), in Mill.	37,9	40,6	41,6	1,4	½
Arbeitszeit je Erwerbstätigen, in h	1 363	1 362	1 366	0,0	0
Arbeitsvolumen, in Mill. h	57 668	61 086	62 548	1,2	½
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen, 2010=100	101,5	105,5	108,5	0,8	½
BIP je Erwerbstätigenstunde, 2010=100	103,5	107,6	110,3	0,8	½
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumina, in Mrd. €	2 700,8	2 974,3	3 122,9	1,9	1
Deflator des BIP, 2010=100	104,6	113,8	124,5	1,7	1 ¾
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen, in Mrd. €					
Bruttoinlandsprodukt	2 826,2	3 386,0	3 888,3	3,7	2 ¾
Private Konsumausgaben	1 563,5	1 775,9	2 017,3	2,6	2 ½
Konsumausgaben des Staates	542,9	661,2	787,5	4,0	3 ½
Bruttoanlageinvestitionen	556,8	703,4	853,3	4,8	4
Vorratsinvestitionen	-5,3	16,3	-3,0	-	-
Außenbeitrag	168,4	229,2	233,1	-	-
Nachr.: Außenbeitrag in% des BIP	6,0	6,8	6,0	-	-

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; eigene Berechnungen; Zeitraum 2023/2017: eigene Prognose. – 1/Im Prognosezeitraum auf 0,25%-Punkte gerundet.

Der Grund dafür, dass der Aufschwung damit zunächst einmal zu Ende geht, liegt darin, dass die Auslandsnachfrage in der kurzen Frist schwach bleibt und sich erst allmählich etwas erholt, wenn die belastenden Faktoren, wie der Brexit und der Handelskonflikt mit den USA, an Bedeutung verlieren. Ein Expansionstempo des Welt Handels, wie es in den vergangenen Jahren üblich war, ist aber für den Projektionszeitraum – wie oben dargelegt – nicht zu erwarten. Dazu kommt, dass sich derzeit die Anzeichen verstärken, dass die schwache Auslandsnachfrage die Binnenkonjunktur nun stärker in Mitleidenschaft zieht. Dafür spricht vor allem, dass der Arbeitsmarkt an Dynamik verliert (Tabelle 2). Darauf deutet z.B. die sinkende Zahl der offenen Stellen hin. Dies dürfte sich nach und nach auf die Ausweitung des privaten Konsums niederschlagen.

In diesem Umfeld dürften sich im Projektionszeitraum auch die Zuwachsraten der privaten Investitionen verringern. Insbesondere die schwache Industriekonjunktur dürfte die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen dämpfen. Dazu dürfte auch die demografische Entwicklung in Deutschland beitragen, die die Ertragsaussichten und damit die Investitionstätigkeit dämpft. Dagegen wirkt das günstige Finanzierungsumfeld weiterhin anregend. Davon dürften vor allem die Bauinvestitionen gestützt werden. Allerdings werden hier kurzfristig die hoch ausgelasteten Kapazitäten das Expansionstempo begrenzen. Im weiteren Projektionszeitraum dürften sich die verschlechterten Einkommensperspektiven bemerkbar machen, sodass ein Rückgang des Expansionstempos zu erwarten ist.

Literatur

- Barabas, G., R. Döhrn, H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2016), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Binnenwirtschaftliche Impulse bei erhöhter weltwirtschaftlicher Unsicherheit. RWI Konjunkturberichte 67 (4): 17-32.
- Barabas, G., R. Döhrn, H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2017), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Anhaltende Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland. RWI Konjunkturberichte 68 (2): 17-34.
- Barabas, G., R. Jessen, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2018), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2023: Wachstum auf des Messers Schneide. RWI Konjunkturberichte 69 (4): 23-38.
- Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli, S. Rujin und T. Schmidt (2019), Deutsche Konjunktur verliert an Fahrt. RWI Konjunkturberichte 70 (2): 5-20.
- Havik, K., K. Mc Morrow, F. Orlandi, C. Planas, R. Raciborski, W. Röger, A. Rossi, A. Thum-Thysen und V. Vandermeulen (2014), The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. European Economy, Economic Papers 535, Brüssel.
- IAB (2019), Zuwanderungsmonitor Mai 2019. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Statistisches Bundesamt (2017), Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13.koordinierten Vorausberechnung. Aktualisierte Rechnung auf Basis von 2015. Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungBundeslaender2060_Aktualisiert_5124207179005.xlsx?__blob=publicationFile. Download am 10.6.2017.
- Statistisches Bundesamt (2019), Statistische Wochenberichte - Bevölkerung und Arbeit - 26. KW/2019. Download am 28.6.2019.
- UNCTAD - United Nations Conference on Trade and Development (2017), World Investment Report - Investment and the Digital Economy, Genf.

Mittelfristprojektion bis 2023

Roland Döhrn

70 Jahre RWI Konjunkturberichte: Aus der Frühzeit der Konjunkturforschung am RWI¹

Kurzfassung: Genau vor siebzig Jahren wurde das erste Heft der RWI Konjunkturberichte veröffentlicht. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über das erste Jahrzehnt dieser Berichte. Mit Blick auf die empirischen Grundlagen zeigt sich, dass diese auf einen überraschend großen und aktuellen Datenfundus zurückgreifen konnten. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen allerdings, heute Kern jeder Konjunkturanalyse, fanden erst nach und nach Eingang in die Analysen. Thematisch setzten die Berichte, der Lage des RWI im Ruhrgebiet geschuldet, einen Schwerpunkt bei den Energiemärkten und dem Stahlmarkt. In sich geschlossene Ausführungen zur Konjunktur im Ausland fehlen hingegen lange Jahre weitgehend. Die prognostische Aussagen sind stets qualitativer Natur. Erste Prognosen „in Zahlen“ gibt es seitens des RWI erst in den späten sechziger Jahren. Die wirtschaftstheoretische Ausrichtung ist undogmatisch und nach vielen Seiten hin offen.

Abstract: Exactly seventy years ago the first issue of the RWI Konjunkturberichte has been published. This paper looks at the first decade of the journal. It shows, that the analyses could draw on a surprisingly large and up to date set of indicators. National accounts, however, today's backbone of business cycle analyses, entered the reports only piecemeal. As RWI is located in the Ruhr area, its reports very much focused on the energy markets and the iron and steel sector. Elaborations on the international economy, on the other hand, were missing in the early years. Statements about the future are given in a qualitative way only. RWI published its first forecast specified in numbers in the late 1960s. The statements on economic policy are undogmatic and open in many directions.

¹ Der Verfasser dankt György Barabas, Wim Kösters, Astrid Schürmann und Sabine Weiler für kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags. Kontaktadresse: doehrn@rwi-essen.de.

70 Jahre RWI-Konjunkturberichte

Im Jahr 2018 feierte das RWI sein 75-jähriges Bestehen als rechtlich selbständiges Institut. Das vorliegende Heft gehört zum 70. Jahrgang der RWI Konjunkturberichte, womit diese die nunmehr am längsten in ununterbrochener Folge erscheinende Publikationsreihe des Instituts sind.² Das erste Heft des Jahrgangs 1949/50 der „Konjunkturberichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für praktische Wirtschaftsforschung“ – der Zusatz „praktische“ im Institutsnamen entfiel bereits 1950 – wurde im Juli 1949 abgeschlossen, also vor genau 70 Jahren; das war gut ein Jahr nach der Währungsreform und nicht einmal drei Monate nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Der Jahrestag des ersten Heftes wird hier zum Anlass genommen, eine kurze Rückschau zu halten, auf die Methoden, mit denen Konjunktur in den fünfziger Jahren analysiert wurde, aber auch auf die Themen und die wirtschaftstheoretischen Grundlagen, die den Diskurs damals prägten.

Im Mittelpunkt: Die Fakten

Die Konjunkturanalyse beschränkte sich in den beiden Heften des ersten Jahrgangs – das zweite Heft erschien im November 1949 – noch auf das erst nach dem zweiten Weltkrieg aus der Taufe gehobene Nordrhein-Westfalen. Daneben enthalten sie vierzehn thematisch unverbundene kürzere Beiträge. Diese sind – außer dem von Prof. Walther Däbritz verfassten Vorwort – nicht namentlich gezeichnet, eine Praxis, die damals durchaus üblich war³ und in den Berichten des RWI lange beibehalten wurde.⁴ Das Selbstverständnis war wohl, dass man ganzheitlich über die Ergebnisse der Arbeit des Instituts berichtet.

Aus heutiger Sicht fällt auch auf, dass die damaligen Konjunkturberichte nur sehr spärlich Fußnoten oder Literaturverweise enthalten. Es wird also zumeist nicht offengelegt, aus welchen Quellen die Erkenntnisse abgeleitet werden oder auf wessen Überlegungen man sich bezieht. Dies ist selbst dort der Fall, wo es die Thematik angeboten hätte, etwa bei einem Verweis auf den Harvard-Indikator (Jg. 49/50, Heft 1: 7)⁵ oder den – im Übrigen auch heute für Laien noch lesenswerten – Ausführungen

² *Streng genommen handelt es sich dabei um den 70. Jahrgang der Neuen Folge der Berichte, denn bereits in den Jahren 1929 bis 1939 waren vierteljährliche Konjunkturberichte des Essener Instituts erschienen, das damals noch „Abteilung Westen des Berliner Instituts für Konjunkturforschung“ hieß (Pierenkemper, Fremdling 2018: 188 und 433-434).*

³ *Auch der Wochenbericht des DIW beispielsweise erschien bis 1969 ohne Nennung der Verfasser (Fremdling und Stäglin 2008: 168-169).*

⁴ *Erste namentlich gezeichnete Artikel erschienen erst 2004. Ab 1967 wurden alle Mitarbeiter eines Heftes summarisch genannt, diese aber nicht einzelnen Themen oder Abschnitten zugeordnet.*

⁵ *Alle Verweise auf Quellen, die im Literaturverzeichnis nicht aufgeführt wurden, beziehen sich auf die jeweils genannten Jahrgänge und Hefte des RWI-Konjunkturberichts.*

zu Sinn und Zweck der Kalender- und der Saisonbereinigung (Jg. 49/50, Heft 2: 6-7). Hinweise auf die Herkunft der Daten findet man ab dem zweiten Jahrgang, allerdings zunächst nur in den Tabellen. In den Schaubildern werden die Quellen erst ab dem im Jahr 1954 erschienenen fünften Jahrgang angegeben.

Aber zurück zum ersten Jahrgang: Der erste Beitrag des ersten Heftes befasst sich unter dem Titel „Das erste Jahr unter der neuen Währung“ auf nur zehn Textseiten mit der konjunkturellen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Enthält der Bericht selbst nur eine Tabelle und keine Grafiken, so liefert sein Anhang doch eine überraschend umfangreiche und in Teilen auch erstaunlich aktuelle Zusammenstellung wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Nordrhein-Westfalen. So findet man – wohlge­merkt, das Abschlussdatum ist mit Mitte Juli angegeben – einen vorläufigen Produktionsindex für den Juni 1949 und die Umsätze und die Beschäftigten in der Industrie sowie die Ausfuhren für Mai. Die Aktualität der Daten war also mindestens so hoch wie heutzutage, und dies, obwohl für die Übermittlung wie auch für die Verarbeitung der Daten die heute üblichen Technologien noch nicht erfunden waren. Allem Anschein nach war die Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik, die eine wichtige Aufgabe in der nationalsozialistischen Lenkungswirtschaft besessen hatte (Fremdling 2016), nach dem Krieg rasch wiederhergestellt.⁶

Vor dem Hintergrund der guten Datenlage und mit dem länger werdenden Beobachtungszeitraum fällt der – ebenfalls auf die nordrhein-westfälische Entwicklung beschränkte – Konjunkturbericht am Anfang des zweiten Heftes des Jahrgangs mit 50 Textseiten (zuzüglich Anhangtabellen) deutlich umfangreicher aus. Er enthält bereits viele der Elemente, die aus heutigen Konjunkturberichten bekannt sind, so Ausführungen zur Produktion, zum Arbeitsmarkt, zur Preisentwicklung und zur Kredit- und Kapitalentwicklung. Die Beschreibung ist sehr detailliert. So werden die Produktion in einzelnen Branchen und die Entwicklung einzelner Preise durchdekliniert. Dieses sehr kleinteilige Vorgehen liegt aus zwei Gründen nahe. Zum einen gab es noch drängende Versorgungsprobleme, die eine produktspezifische Betrachtung erforderten; bei nur wenigen Industrien war die Produktion bereits wieder auf dem vor dem Zweiten Weltkrieg erreichten Niveau. Zum anderen fehlten an vielen Stellen noch gesamtwirtschaftliche Indizes.

Die weiteren Beiträge des ersten Jahrgangs widmen sich zum Teil grundsätzlichen Fragen („Wirtschaftlicher Strukturwandel und Konjunkturverlauf“; Jg. 49/50 H. 1: 21-28), zum Teil methodischen Überlegungen („Die D-Mark Eröffnungsbilanz und ihre

⁶ Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass die Besatzungsmächte zu Bewirtschaftungszwecken aktuelle Informationen zu Bedarf und Angebot lebensnotwendiger Güter benötigten (Knoche 2018: 38-39).

70 Jahre RWI-Konjunkturberichte

Auswirkungen“ ; Jg. 49/50 H. 1: 39-45, „Die Auswertung der Verkehrsstatistik für die Konjunkturbeobachtung“; Jg. 49/50 H. 2: 60-65). Auch werden drängende Probleme der Nachkriegszeit thematisiert – so die kriegsbedingte Wohnungsnot und die wirtschaftlichen Folgen des „anormalen Altersaufbaus der deutschen Bevölkerung“ aufgrund der Kriegsfolgen. Ein Schwerpunkt, der auch in den kommenden Jahren beibehalten werden sollte, ist bereits im ersten Jahrgang die Energiewirtschaft und die Montanindustrie.

Ab dem zweiten Jahrgang findet man solche Einzelbeiträge nicht mehr. Dies dürfte daran liegen, dass die ab 1950 regelmäßig erscheinenden „Mitteilungen des RWI“ ein Forum für solche Publikationen boten. Die beiden Hefte des zweiten Jahrgangs des Konjunkturberichts jedenfalls – das erste wurde am 12. Oktober 1950, das zweite am 18. Juli 1951 abgeschlossen – enthalten ausschließlich ausführliche Konjunkturberichte für Westdeutschland. Auffällig ist, dass diese umfanglich mit Daten hinterlegt sind. Man zählt auf den 72 Seiten des ersten Heftes nicht weniger als 39 Tabellen und 29 Grafiken. Diese ausführliche Dokumentation lässt angesichts der damaligen Drucktechnik aber auch vermuten, dass der Bericht mit einigem Abstand zum angegebenen Abschlussdatum erschienen ist; das Veröffentlichungsdatum ist leider unbekannt.⁷ Der Tabellenanhang ist auf neun Seiten angewachsen, die drucktechnisch aufwändig gestaltet sind: Ausklappbare Tabellen ermöglichen eine Darstellung der Zeitreihen über längere Zeiträume.⁸

Zwischen das Erscheinen des zweiten Heftes des ersten Jahrgangs und des ersten Heftes des zweiten fällt die Erstellung der ersten Gemeinschaftsdiagnose, an der das RWI von Beginn an in führender Rolle beteiligt war (Döhrn und Filusch 2016). Aus heutiger Sicht überraschend ist, dass die Gemeinschaftsdiagnose – obwohl es sich um eine reine Konjunkturanalyse handelt – vom RWI nicht in seinen Konjunkturberichten veröffentlicht wurde, sondern in den bereits erwähnten „Mitteilungen des RWI“.

Ab dem dritten Jahrgang entspricht das Erscheinungsjahr dem Kalenderjahr. Der Aufbau der Berichte blieb gegenüber den Vorgängern unverändert. Im ersten Heft, das am 19. März 1952 abgeschlossen wurde, findet man aber auch erste Überlegun-

⁷ Die Gemeinschaftsdiagnose, die unter erheblich höherem Zeitdruck erstellt wurde, weil sie nach Abschluss der Klausurtagung dem Auftraggeber übergeben werden musste, enthielt bis 1978 – den Tabellenanhang nicht mitgerechnet – keinerlei Tabellen und Schaubilder (Döhrn 2005; 54-55).

⁸ Bei dieser Darstellung blieb man bis zum achten Jahrgang (1957). Der neunte und der zehnte Jahrgang enthielten keine Anhangtabellen. Ab dem elften Jahrgang (1960) erscheinen diese in einem Beiheft.

gen zur Wirtschaftspolitik. Ein Problem war damals, dass einerseits die konjunkturellen Auftriebskräfte lahmten, was nach Auffassung der Verfasser konjunkturpolitisches Handeln erforderte (was genau getan werden könnte, wird aber nicht thematisiert). Andererseits würde aber eine Stärkung der Binnenwirtschaft die Einfuhren aus dem Dollarraum wachsen lassen, was zu einem Abschmelzen der Dollarreserven führe. Die D-Mark war noch nicht vollständig konvertibel, und Überschüsse mit den Ländern der Europäischen Zahlungsunion konnten nicht mit Defiziten gegenüber dem Dollarraum verrechnet werden.

Ein zweites, wenn auch nur kurz gestreiftes Thema war die Wiederbewaffnung Deutschlands und die daraus resultierenden Verteidigungsausgaben. *„An einer Erweiterung des Expansionsspielraums muss Westdeutschland jedoch schon deshalb interessiert sein, weil die Belastung des Sozialprodukts durch die Anforderungen, die der Verteidigungsbeitrag stellt, güterwirtschaftlich um so leichter getragen werden können, wenn sich diese Belastung annähernd im Rahmen des Wachstums des Sozialprodukts hält ...“* (Jg. 52, Heft 1: 11).

Im zweiten Heft des Jahrgangs 1952 tauchen auch erstmals Angaben zum Sozialprodukt auf, und zwar Halbjahreswerte in laufenden und in konstanten Preisen von 1936.⁹ Ein fester Bestandteil der Berichte waren die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) aber noch nicht, und sie bildeten – anders als in heutigen Konjunkturanalysen – erst recht kein Datengerüst, um das sich die Konjunkturanalyse rankte. Eine nächste Bezugnahme findet man erst im zweiten Heft des Jahrgangs 1953, in dem sich eine Tabelle zum Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt befindet sowie ein Schaubild mit Zeitreihen von 1948 bis zum ersten Halbjahr 1953 zur Verwendung des Sozialprodukts.¹⁰ In den Datenanhang wurden indes die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch nicht aufgenommen. Dies war erst ab 1960 der Fall. Dabei erstellte das RWI ausgehend von den Jahreswerten des Statistischen Bundesamtes eine eigene Vierteljahresrechnung, in der allerdings Angaben zu einigen Größen wie dem privaten Verbrauch und dem Staatsverbrauch vorerst noch fehlten.

⁹ *Im Jahr 1936 hatte es einen Industriezensus gegeben, auf dem die Statistiken sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR anfangs aufsetzten (Fremdling 2016: 590).*

¹⁰ *Das Schaubild enthält auch – angesichts der Kürze des Stützbereichs überraschend – saisonbereinigte Werte. Methodische Hinweise, wie die Saisonbereinigung durchgeführt wurde, fehlen jedoch.*

70 Jahre RWI-Konjunkturberichte

Das Ruhrgebiets-Institut: Kohle und Stahl als Schwerpunkt

Bereits in den Berichten der Jahre 1950 bis 1953 fanden die Energiewirtschaft und die Stahlindustrie besondere Beachtung, wenn auch nur in Form einer ausführlicheren Darstellung in den jeweiligen Abschnitten zur Industrieproduktion. Im zweiten Heft des vierten Jahrgangs werden der Lage auf dem Kohlemarkt und der Lage auf dem Stahlmarkt erstmals gesonderte Abschnitte gewidmet. Entsprechende Abschnitte findet man von da an in allen - ab 1954 vierteljährlich erscheinenden - Berichten. Ab 1955 tritt ein gesonderter Abschnitt zu den Eisen verarbeitenden Industrien hinzu. Der Standort im Ruhrgebiet und die Struktur der Ruhrwirtschaft prägten also den Inhalt der Berichte zunehmend.

Ab dem siebten Jahrgang (1956) springt diese Schwerpunktsetzung noch stärker ins Auge. Die Hefte beginnen ab diesem Jahr mit einem allgemeinen Überblick, der auf 15 bis 30 Seiten den gesamten Bogen von Produktion über Einkommen, Arbeitsmarkt Preise bis hin zu den öffentlichen Finanzen spannt. Dieser Teil bildet den Aufgalopp für eine ausführliche Analyse des Kohlenmarktes, des Stahlmarktes und der Eisen verarbeitenden Industrien. Ersterer sollte später in einen im Rahmen der Konjunkturberichte erscheinenden vierteljährlichen Energiebericht münden, die beiden anderen in einen Stahlbericht. Der Energiebericht wurde 1984 eingestellt, der Stahlbericht erscheint bis heute, wenn auch nur noch einmal im Jahr.

Schaut man auf das erste Jahrzehnt der RWI-Konjunkturberichte, so sucht man drei Aspekte vergeblich: Erstens, eigenständige Abschnitte zur internationalen Konjunktur; zweitens, in Zahlen ausgedrückte Prognosen und, drittens, regelmäßig erscheinende, eigenständige Abschnitte zur Wirtschaftspolitik.

Das Fehlen eines internationalen Teils entsprach der damaligen Arbeitsteilung zwischen den deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten. Die Federführung der Gemeinschaftsdiagnose bestand aus dem DIW, dem ifo Institut und dem RWI, und diese zeichneten für die Analyse der Lage der westdeutschen Wirtschaft verantwortlich (Döhrn und Filusch 2016: 6). Das Kieler Institut für Weltwirtschaft und das HWWA waren nicht in der Federführung der Gemeinschaftsdiagnose vertreten und steuerten zu dieser nur den internationalen Teil bei. Aussagen zur Weltkonjunktur sind daher in den Berichten des RWI nur spärlich und man findet sie regelmäßig nur im Zusammenhang mit Ausführungen zu den Weltmarktpreisen. Einen internationalen Teil enthalten die Konjunkturberichte erst ab 1986; zuvor war - nach den vorliegenden Unterlagen ab 1980 - ein Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung „in der westlichen Welt“ als Beiheft zum Konjunkturbericht erschienen.

Später Beginn mit einer „Zahlenprognose“

Prognosen „in Zahlen“ waren in den fünfziger Jahren generell noch wenig verbreitet. Es existierte zwar bereits ab 1949 in der Regierung ein Arbeitskreis, der gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen erstellte, die als Grundlage für die Lieferungen an die OEEC (Vorgänger der OECD) und für die Steuerschätzungen dienten (Schlesinger 1967: 401-403). Die Ergebnisse wurden aber zunächst nicht veröffentlicht. In der Wissenschaft war man ohnehin skeptisch (Antholz 2006). Das Diktum von Oskar Morgenstern (1928: 108), wonach „Ökonomische Prognose ... mit den Mitteln der ökonomischen Theorie und Statistik aus sachlichen Gründen grundsätzlich unmöglich“ sind, wirkte noch nach. Aus dem Kreis der Wirtschaftsforschungsinstitute gab es vom DIW Zahlenprognosen ab 1955 (Antholz 2006: 13). Die Gemeinschaftsdiagnose veröffentlichte eine erste Prognose – und diese auch zunächst nur mit einem Prognosehorizont von einem halben Jahr – im Sommer 1962, und die Bundesregierung in den Jahren 1963 und 1964.

Das RWI gab hingegen lange nur einen qualitativen Ausblick, der zumeist am Ende des allgemeinen Überblicks zu finden ist, allerdings nicht in allen Berichten. Beispielsweise kann man im Bericht vom März 1956 nachlesen: *„Gegenwärtig deuten keine Zeichen darauf hin, dass sich in den nächsten Monaten das konjunkturelle Bild der westdeutschen Wirtschaft, das durch eine nominale Expansion gekennzeichnet ist, die über die realen Wachstumsmöglichkeiten hinausgeht, grundsätzlich ändern wird“* (Jg. 1956, Heft 1, S. 19). Und ein Heft später: *„Es bleibt ... die konjunkturpolitische Aufgabe der nächsten Zeit, das Auseinanderklaffen von nominaler und realer Entwicklung einzudämmen, ...“* (Jg. 1956, Heft 2, S. 39).

Erst zu Beginn der sechziger Jahre wurden die Aussagen konkreter. Ab 1962 findet man, was man heute als „Nowcast“ bezeichnen würde, nämlich eine Vierteljahresrechnung, die die Quartale bis zum aktuellen Rand abdeckt. Eine Vorausschätzung ist erstmals im Jahrgang 1968 enthalten¹¹.

Qualitative Ausblicke gab es auch jeweils in den Ausführungen zum Kohlen- und zum Stahlmarkt. In ersteren findet man auch eine gravierende Fehleinschätzung. In den Berichten des Jahres 1957 herrschte noch die Meinung vor, dass die Lage auf dem Kohlenmarkt stabil bleiben werde und der Anstieg des Heizölverbrauchs sich verlangsamen werde. Im Jahr 1958 begann die Absatzkrise des Kohlenbergbaus. Der Kohlenverbrauch in der Industrie sank im Verlauf des Jahres mit zweistelligen Raten und der Heizölverbrauch nahm um rund 40% zu. Ab September 1958 wurde in Reaktion darauf der Import von Steinkohle eingeschränkt. Ordnungspolitisch kommentiert

¹¹ Intern gab es Prognosen schon früher, da jedes Institut eine eigene Prognose als Berechnungsgrundlage zur Gemeinschaftsdiagnose beisteuerte.

70 Jahre RWI-Konjunkturberichte

wurden die Maßnahmen zur Stützung der Steinkohle in den Konjunkturberichten allerdings nicht.

Wirtschaftspolitische Empfehlungen undogmatisch und nach vielen Seiten offen

An anderer Stelle positionierte sich das RWI bezüglich der Wirtschaftspolitik klarer. Die Rede war dabei stets von der Konjunkturpolitik, wohl verstanden im Sinne von kurzfristig wirksamen Politikmaßnahmen, denn „echte Konjunkturen“ im Sinne eines Wechsels von Phasen rückläufiger und steigender gesamtwirtschaftlicher Produktion findet man in den fünfziger Jahren, die stark durch ein nachholendes Wachstum geprägt sind, nicht. Die Empfehlungen sind dabei aber undogmatisch und nach vielen Seiten offen.

Als Beispiel kann hier die abgewogene Diskussion der Inflationsrisiken – aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit waren diese in den Berichten der fünfziger Jahre stets eine Thema – im Jahr 1957 dienen. So kann man im Herbst 1957 lesen: *„In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen, die sogar eine erneute Verstärkung der Tendenzen zur Preissteigerung nicht ausgeschlossen erscheinen lassen“* (Jg. 1957, Heft 3, S. 35). Die Ursache sah man einerseits in steigenden Kosten: *„So sind die jüngsten Lohnforderungen geeignet, die nach wie vor bestehenden Diskrepanzen zwischen Lohnentwicklung und Steigerung der Produktivität zu vergrößern. Hinzu kommen andere Kostensteigerungen, insbesondere die Erhöhung der Kohlepreise“* (Ebenda). Aber man sah auch Einflüsse der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung (heute würde man sagen Produktionslücke), und diese insbesondere bei der – heute wieder ein aktuelles Thema – Knappheit an Arbeitskräften: *„Das Dilemma der Konjunkturpolitik besteht darin, dass es einerseits zur Überwindung der Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage geboten wäre, die inländische Investitionstätigkeit zu fördern, es aber andererseits kein marktkonformes Mittel gibt, den – bei der fortschreitenden Erschöpfung des Arbeitsmarktes – daraus notwendigerweise resultierenden Preisauftrieb zu bannen“* (Ebenda, S. 35). Und man diskutierte auch bereits das bei den im Rahmen des Bretton-Woods-System starren Wechselkursen auftretende Problem der importierten Inflation: Raum für eine expansive Konjunkturpolitik wird erst dann gesehen, wenn *„es gelingt, die Hauptquelle der Übernachfrage, die außenwirtschaftlichen Überschüsse, zum Versiegen zu bringen“* (Ebenda).

Manche Empfehlungen würde man heute als keynesianisch bezeichnen. Obwohl das Konzept der Globalsteuerung und der damit verbundene Versuch einer antizyklischen Finanzpolitik erst in den sechziger Jahren populär wurden (und letztlich den Niederschlag im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahr 1967 fanden), wurden in den RWI-Konjunkturberichten Sympathien für einen solchen Ansatz geäußert. So kann man im Sommer 1956, als – wie erwähnt – auf die Gefahren einer Überhit-

zung der Konjunktur hingewiesen wurde, die Empfehlung lesen: *„Unter diesen Aspekten ist die Forderung nach einer drastischen Einschränkung der öffentlichen Investitionen ein immer dringlicher werdendes Gebot“* (Jg. 1956, Heft 2, S. 39). Zwei Jahre später wird beklagt: *„Eine konjunkturpolitische Orientierung der Kassengebarung der verschiedenen öffentlichen Haushalte ... hat sich aus psychologischen und politischen Gründen in Westdeutschland noch nicht durchsetzen können“* (Jg. 1958, Heft 2, S. 24). Und ein Jahr später heißt es: *„An dieser Stelle ist immer wieder der Standpunkt vertreten worden, dass in den modernen Industrieländern der Welt aus institutionellen Gründen die rein monetären Mittel der Konjunkturpolitik zwar sehr viel, aber nicht alles vermögen. ... Die monetären Maßnahmen müssen daher durch ein konjunkturpolitisch richtiges Verhalten der öffentlichen Hand, aber auch der privaten Wirtschaft ergänzt und unterstützt werden“* (Jg. 1959, Heft 4, S. 7).

Dabei befürwortete man auch eine internationale Kooperation in der Konjunkturpolitik: *„Mit der Senkung des deutschen Zinsniveaus auf das internationale Niveau und der Liberalisierung des Geld- und Kapitalverkehrs (Anm. d. Red.: ab dem 29.12.1958 war die D-Mark voll konvertibel) sind die internationalen Abhängigkeiten ... gewachsen. Damit sind der autonomen Geldpolitik eines Landes Grenzen gesetzt Die damit entstehenden Probleme ließen sich leichter lösen, wenn sich auf der Grundlage gleicher konjunkturpolitischer Zielsetzungen eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konjunkturpolitik anbahnen würde“* (Jg. 1959, Heft 1, S. 10).

Was hat sich geändert, und was nicht?

Vergleicht man die RWI-Konjunkturberichte aus den fünfziger Jahren mit den heutigen, so zeigt sich auf der einen Seite ein beträchtlicher Wandel, auf der anderen Seite aber auch eine große Kontinuität.

Kontinuität besteht vor allem dahingehend, dass die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung in der kurzen Frist sich heute wie damals auf die gleichen Kennziffern stützt. Überraschend ist, wie wenig sich der strukturelle Wandel in der Wirtschaft – das Verarbeitende Gewerbe trug zu Beginn der sechziger Jahre noch 45% zum Bruttoinlandsprodukt bei im Vergleich zu 23% im Jahr 2018 – in den Analysen niederschlägt. Das Beharrungsvermögen im Datenangebot der Statistischen Ämter ist allem Anschein nach groß. Erstaunlich ist auch, dass trotz des technischen Fortschritts in der automatischen Datenverarbeitung die Konjunkturindikatoren der amtlichen Statistik heutzutage nicht früher zur Verfügung stehen als damals.

Ein beträchtlicher Wandel zeigt sich bezüglich der Methoden. So spielten im Gegensatz zu heute Konjunkturumfragen in den frühen Berichten des RWI keine Rolle. Das ifo Institut führte seinen Konjunkturtest zwar bereits ab der Jahreswende 1949/50 durch (Marquardt, Strigel 1959) und er wurde auch in den Vorausschätzungen des

70 Jahre RWI-Konjunkturberichte

interministeriellen Arbeitskreises der Bundesregierung berücksichtigt (Raabe 1967: 15). Ob fehlender Zugang zu aktuellen Daten oder grundsätzliche Vorbehalte gegen die Methode¹² der Grund dafür sind, dass nicht auf die ifo-Umfragen Bezug genommen wird, oder ob man vermied, die Ergebnisse der Arbeiten eines anderen Instituts zu verwenden, lässt sich heute nicht mehr klären. Auch hielt sich der Einsatz formaler Analysemethoden damals in Grenzen. Zwar wurden zumindest ausgewählte Reihen saisonbereinigt, da jedoch – entsprechend dem damaligen Stand der Technik – „von Hand“ gerechnet werden musste, waren die Möglichkeiten begrenzt, aufwändigere Rechnungen anzustellen.¹³ Erste Arbeiten des RWI unter Nutzung ökonomischer Verfahren wurden in den späten sechziger Jahren publiziert, und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde mit dem Aufbau des RWI Konjunkturmodells begonnen.

Nicht jeder Wandel ist ein Wandel zum Besseren. Heute sind Konjunkturanalysen eine „rasch verderbliche Ware“. Zwischen Abschluss der Berichte und Veröffentlichung liegen wenige Tage. Dies reflektiert zwar auch die Verkürzung der Produktionszyklen aufgrund des technischen Fortschritts. Vorschub leistet dem aber auch der Wettbewerb unter den Prognostikern und der Zwang, in den monatlichen Prognoseumfragen präsent zu sein. Liest man dagegen die Konjunkturberichte aus den fünfziger Jahren, so spürt man eine deutliche „Entschleunigung“.

Literatur

Antholz, B. (2006), Geschichte der quantitativen Konjunkturprognose-Evaluation in Deutschland. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 75(2): 12-33.

Döhrn, R. (2005), Politikberatung durch wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute – das Beispiel der Gemeinschaftsdiagnose. In: Jens, U. und H. Romahn (Hrsg.), *Glanz und Elend der Politikberatung*. Marburg, Metropolis: 49-57.

Döhrn, R. und B. Filusch (2016), Die Gemeinschaftsdiagnose – Ursprung und Entwicklung, Probleme und Ergebnisse. Bernhard Filusch zum 90. Geburtstag. RWI-Materialien 107. Essen, RWI.

Fremdling, R. (2016), Zur Bedeutung nationalsozialistischer Statistiken und Statistiker nach dem Krieg. *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 57(2), pp. 589-613

¹² So wurde in den fünfziger Jahren diskutiert, wie weit die Konjunkturtest-Ergebnisse das Verhalten von Unternehmern bestimmen, also gewissermaßen selbsterfüllende Prognose liefern (Marquardt, *Strigel* 1959: 80-83).

¹³ Noch 1967 beklagt sich Schlesinger (1967: 416): „Um so bedauerlicher ist es, dass die zur Pionierarbeit berufenen wirtschaftswissenschaftlichen Institute, soweit bekannt, bisher ökonomische Methoden noch nicht oder jedenfalls noch nicht so weit entwickelt haben, dass sie geeignet wären, mit ihrer Hilfe kürzerfristige Prognosen zu erstellen.“

RWI Konjunkturbericht 70 (2)

Fremdling, R. und R. Stäglin (2008), Profund, präzise, pünktlich: 80 Jahre Wochenbericht spiegeln die deutsche Wirtschaftsgeschichte. *DIW Wochenbericht* 80 (14): 168-174.

Knoche, M. (2018), Ludwig Erhard, Adolf Weber und die schwierige Geburt des ifo Instituts. *ifo Schnelldienst* 71 (13): 14-60.

Marquardt, M. und W. Strigel (1959), Der Konjunkturtest. Eine neue Methode der Wirtschaftsbeobachtung. Schriftenreihe des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung 38. Berlin: Duncker Humblot.

Morgenstern, O. (1928), Wirtschaftsprognose: Eine Untersuchung ihrer Voraussetzungen und Möglichkeiten. Wien.

Pierenkemper, T. und R. Fremdling (2018), Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Deutschland. 75 Jahre RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Beiheft 22. Berlin: De Gruyter.

Raabe, K.-H. (1967), Vorausschätzungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung (ohne ökonometrische Modelle) am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. *Allgemeines statistisches Archiv* 51 (1): 10-44.

Schlesinger, H. (1967), Wert und Grenzen gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen. *Allgemeines statistisches Archiv* 51 (2-3): 401-416.

70 Jahre RWI-Konjunkturberichte
